

Horst Kahrs
 Institut für Gesellschaftsanalyse
 Ende Januar 2020

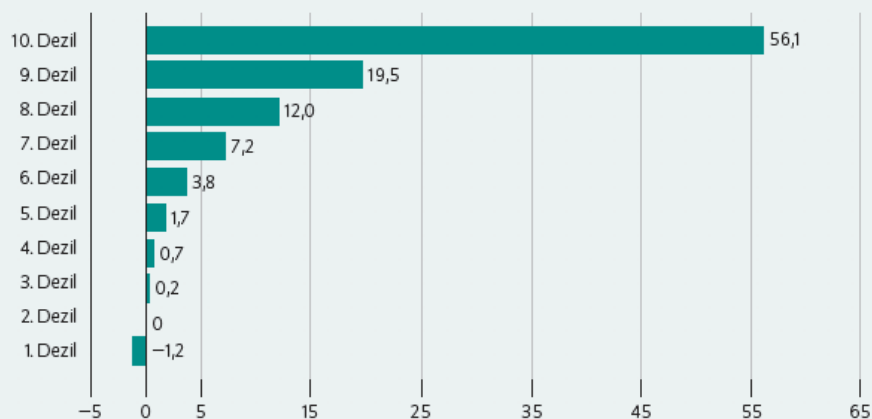
[Arbeitsmaterialien zur Klassenanalyse](#)

»Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand«?

MATERIALIEN ZUR VERMÖGENSUNGLEICHHEIT, HÄUFIGKEIT VON VERMÖGEN UNTER ARBEITERN UND ANGESTELLTEN UND ZUR BETEILIGUNG AM »PRODUKTIVVERMÖGEN«

Abbildung 1

Verteilung des Nettovermögens nach Dezilen Anteile am Nettogesamtvermögen 2017



Anmerkung: Individuelle Nettovermögen der Personen ab 17 Jahren in Privathaushalten, ohne Personen der Flüchtlings-samples M3 bis M5.

Quelle: SOEPv34, mit 0,1 Prozent Top-Coding; eigene Berechnungen.

© DIW Berlin 2019

Die reichsten zehn Prozent der Bevölkerung halten einen Anteil am Gesamtvermögen von 56 Prozent.

aus: Grabka/Halbmeier 2019

Inhaltsverzeichnis

Einleitung.....	3
Vermögensungleichheit, soziale Marktwirtschaft, Leistungsgesellschaft und das »Paradies der Reichen«.....	5
Ein Fundstück.....	5
»Freiheit braucht Eigentum«.....	7
Facetten einer »Vermögensillusion«	9
Status-Symbol: Aktiv am Finanzmarkt.....	10
Nichtwissen.....	11
<i>Tab. 1: Reale, geschätzte und gewünschte Verteilungsverhältnisse.....</i>	12
Einfluss auf Interessenbildung?.....	12
Methodische Vorbemerkungen.....	13
Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) des Statistischen Bundesamtes.....	13
Deutsche Bundesbank: Vermögensbefragung.....	14
Deutsches Aktieninstitut (DAI): Aktionärszahlen.....	14
Durchschnitt und Median.....	14
Verteilung des Nettogesamtvermögens.....	15
<i>Tab. 2: Vergleich der Ergebnisse von Statistischem Bundesamt und Deutscher Bundesbank.....</i>	15
Daten zu den Vermögensverhältnissen von Arbeitern und Angestellten.....	16
Zur Entwicklung der Vermögensungleichheit.....	16
Verteilung der Vermögensarten auf die privaten Haushalte.....	17
<i>Tabelle 3: Vermögensarten der privaten Haushalte.....</i>	18
Immobilienbesitz.....	19
<i>Schaubild 5: Verbreitung des Haus- und Grundbesitzes nach Einkommensklassen.....</i>	20
<i>Schaubild 6: Durchschnittlicher Verkehrswert des Haus- und Grundbesitzes nach Einkommensklassen.....</i>	20
<i>Schaubild 7: Anteil der Haushalte in den Einkommensklassen mit Immobilienverkehrswert von 250.000 Euro und mehr.....</i>	20
<i>Tabelle 4: Immobilienbesitz nach jährlichem Haushaltsnettoeinkommen.....</i>	21
Sparguthaben, Bausparverträge und Versicherungen.....	22
<i>Tabelle 6: Verteilung des Bruttogeldvermögens (ohne Wertpapiere) nach Haushaltsnettoeinkommen.....</i>	22
<i>Tabelle 7: Übersicht zur Häufigkeit von Bruttogeldvermögen (ohne Wertpapiere) nach sozialen Merkmalen.....</i>	23
Kreditrestschulden (ohne Hypotheken).....	24
<i>Schaubild 11: Verteilung der Haushalte mit Nettogeldvermögen nach Vermögensklassen.....</i>	24
Nettogeldvermögen.....	25
Betriebsvermögen und Wertpapiere.....	25
Betriebsvermögen.....	25
<i>Tabelle 8: Unternehmensbesitz – Häufigkeit und Höhe.....</i>	25
Wertpapiere.....	26
<i>Tabelle 9: Übersicht zur Häufigkeit des Besitzes von Wertpapieren (EVS 2018).....</i>	26
<i>Tabelle 10: Verbreitung und Höhe von Fondsanteilen und Aktien (PHF-Erhebung 2017).....</i>	27
Aktienbesitz nach den Erhebungen des Deutschen Aktieninstituts (DAI).....	28
<i>Schaubild 13: Aktionäre, Belegschaftsaktionäre und reine Aktienfonds-Besitzer.....</i>	28
Schlussbemerkungen.....	29
Anhang.....	31
<i>Schaubild 1: Verteilung des Gesamtnettovermögens nach Haushalten (EVS) (in Prozent).....</i>	31
<i>Schaubild 2: Verteilung des Gesamtnettovermögens nach Personen (SOEP) (in Prozent).....</i>	31
<i>Schaubild 3: Verteilung der Nettovermögen der privaten Haushalte (in 1.000 €).....</i>	31
<i>Schaubild 4: Verteilung der privaten Haushalte und ihres Haus- und Grundbesitzes.....</i>	32
<i>Schaubild 8: Verteilung der Immobilien mit über- und unterdurchschnittlichem Verkehrswert.....</i>	32
<i>Tabelle 5: Häufigkeit und Wert von Immobilien nach sozialen Merkmalen des Haushaltes.....</i>	33
<i>Schaubild 9: Verteilung der Haushalte und ausgewählter Geldvermögensarten.....</i>	33
<i>Schaubild 10: Durchschnittliche Höhe ausgewählter Geldvermögensarten (EVS 2018).....</i>	34
<i>Schaubild 12: Durchschnittliche Höhe ausgewählter Geldvermögensarten (EVS 2018).....</i>	34
<i>Tabelle 11: Zahl der Aktionäre, Belegschaftsaktionäre und Aktienfond-Besitzer 1998-2018.....</i>	35
Quellen und Literatur.....	36

Einleitung

„Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand“ zu fördern, zählte zu den Grundversprechen der bundesrepublikanischen „sozialen Marktwirtschaft“. Vor dem Hintergrund des Nationalsozialismus und der sozialen Kämpfe in der Weimarer Republik, aber auch des Aufbaus eines sozialistischen Gegenmodells in der DDR, wurden Fragen der Demokratisierung der Wirtschaft und die damit verbundenen Fragen nach der Verteilung von Eigentum und Macht bis in die 1970er Jahre hinein breit und parteiübergreifend diskutiert. Ein wichtiger Indikator für diese Verteilungsverhältnisse war (und ist) die Einkommens- und Vermögensverteilung. Im Godesberger Programm der SPD wurde festgehalten: »Wer in den Großorganisationen der Wirtschaft die Verfügung über Millionenwerte und über Zehntausende von Arbeitnehmern hat, der wirtschaftet nicht nur, er übt Herrschaftsmacht über Menschen aus; die Abhängigkeit der Arbeiter und Angestellten geht weit über das Ökonomisch-Materielle hinaus.« Deshalb sollte mit »geeigneten Maßnahmen« dafür gesorgt werden, »dass ein angemessener Anteil des ständigen Zuwachses am Betriebsvermögen der Großwirtschaft als Eigentum breit gestreut oder gemeinschaftliche Zwecken dienstbar gemacht wird«. Diese Debatte nahm Fäden der Debatten in der Weimarer Zeit wieder auf, erhielt aber auch zusätzlich Nahrung durch Ota Siks Gegenentwurf zur bürokratischen Staatswirtschaft. Zum wissenschaftlichen Hintergrund zählten auch Gutachten wie das im Auftrag des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung erstellte „Krelle-Gutachten“, wonach 70% des Produktivvermögens in den Händen von 1,7% der Bevölkerung lag.

Im ersten Kapitel dieser Materials wird schlaglichtartig der Stand der Debatte, wie sie auch jenseits der Sozialdemokratie Ende der 1960er/Anfang der 1970er Jahre geführt wurde, in die Gegenwart zurückgeholt. Weit über sozialdemokratische Kreise hinaus war die Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivvermögen und damit der Einfluss auf Investitionsentscheidungen ein Thema. Heute ist es weitgehend aus der Debatte um die Vermögensverteilung verschwunden ist und wäre angesichts des beginnenden neuen tiefgreifenden Wandels durch die Dekarbonisierung der Produktions- und Lebensweise wichtiger denn je.

Stattdessen verengte sich die „Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand“ auf die Wohnungsbauförderung, den Aufbau von individuellen Geldvermögen durch Sparzulagen und die steuerliche Förderung von betrieblicher Altersvorsorge (später: Direktversicherungen). Die Vermögensförderung und die Betriebsrenten (betrieblichen Alterskasse bzw. Beiträge zur Alterssicherung über Finanzunternehmen) wirkten wie eine Lohnersatzleistung, die in Konkurrenz zum Lohn gestellt werden konnte, nicht aber als eine Demokratisierung der Wirtschaft. Auch individuelle Mitarbeiterbeteiligungen bzw. Belegschaftsaktien änderten daran nichts. Ein wichtiges Manko war die Individualisierung der Beteiligung anstelle eine Belegschaftsfonds oder eines gesellschaftlichen Fonds.

Die Wohnungsbauförderung sollte den sozialen Aufstieg in das Kleinbürgertum fördern. Aus der Sicht von Arbeitern und Angestellten ging es dabei allerdings nicht allein und nicht primär um den sozialen Status, sondern um die Befreiung aus der Abhängigkeit von Mietern. Betriebliche Beteiligungen förderten indes die Bindung an den Betrieb und zählten zum sozialen Statusprivileg der fordistischen, großindustriellen Stammbesellschaften. „Vermögensbildung“ durch Sparen und Sparförderung ermöglichte mit wachsenden Realeinkommen die Bildung von Rücklagen für Notlagen, für die Wechselfälle der Lohnabhängigkeit. Alles zusammen verbesserte einerseits das Sicherheitsgefühl als Basis für demokratisches Selbstbewusstsein und fügte andererseits der Lohnabhängigkeit eine neue direkte Abhängigkeit vom Finanzmarkt, von Zinsen und Renditen, hinzu.

Sowohl private Geldanlagen, etwa in Lebensversicherungen, Alterssicherungsprodukte und Aktien als auch Hypothekenkredite sind in hohem Maße von den Entwicklungen auf den Finanzmärkten abhängig, also den Renditen der und den Spekulationen zu der Verteilung der gesellschaftlichen Wertschöpfung. Jede Lohnerhöhung, so heißt es, drückt die Rendite und wirkt mittelfristig auf Garantiezinsen, Überschussbeteiligungen usw. Mit der Ausbreitung von Vermögensanlagen breitet sich der Standpunkt des

Geldbesitzers, des mühelosen Einkommens in der Gesellschaft, innerhalb der Lohnabhängigen aus. Nicht mehr allein der Standpunkt der Lohnarbeit prägt Interessenlagen.

Dieser Ausgangspunkt leitet die Aufarbeitung von Daten zur Vermögensverteilung. Dabei steht nicht die vielfach dargestellte ungleiche Verteilung der Vermögen und die wachsende Konzentration im obersten Zehntel der Einkommenspyramide im Blickpunkt, sondern die Frage nach der Verbreitung von Vermögensanlagen unter Arbeitern und kleinen und mittleren Angestellten.

Es zeigt sich, dass Wohneigentum zu den wichtigsten Vermögensformen in allen Einkommenschichten und sozialen Statusgruppen zählt. Soweit statistisch noch abgrenzbar, wohnt fast jeder zweite Arbeiter- und Angestelltenhaushalt in einer selbstgenutzten Immobilie. Die regionale Spannweite ist groß: In der „Mieterstadt Berlin“ ist die Eigentümerquote mit 17% am niedrigsten; mit 34% besitzt Sachsen die niedrigste Eigentümerquote der Flächenländer; in Nordrhein-Westfalen sind es 43%, in Bayern 51% und im Saarland 64%.

Über alle Einkommenschichten hinweg stark verbreitet ist die Geldanlage auf Sparkonten und in Lebensversicherungen (einschließlich der Riester/Rürup-Produkte). Zwar wächst mit dem Einkommen auch die Häufigkeit der Anlageart, stärker noch aber wächst der Unterschied in der Höhe.

Über 10 Mio. über 14jährige sind Aktienbesitzer. Hier gibt es einen deutlichen einkommensabhängigen Unterschied in der Verbreitung. In der oberen Einkommenshälfte nimmt der Aktienbesitz stärker zu. Ab einem Haushaltsnettoeinkommen von 3.600 Euro im Monat besitzt mindestens ein Drittel der Haushalte Aktien und Anteile an Investmentfonds. Aber auch in den Einkommensgruppen ab 2.000 Euro ist diese Geldanlage kein bloßes Randphänomen.

Im ersten Teil dieses Papers geht es um einen blitzhaften historischen Rückblick und einige Überlegungen zur „Vermögensillusion“, deren Kern die Selbstverständlichkeit ist, mit der Zinserträge erwartet werden. Der zweite Teil befasst sich mit methodischen Erläuterungen zu den herangezogenen Erhebungen und Daten. Im dritten Teil, dem Hauptteil, geht es dann vor allem um die Häufigkeit, mit der in bestimmten Einkommens- und anderen sozialen Merkmalsklassen diverse Vermögensformen anzutreffen sind. Im Anhang werden zusätzliche Tabellen und Schaubilder zusammengestellt, auf die zuvor verwiesen wurde.

Abschließend stellt sich die Frage, ob von linker Seite die Vermögensfrage nicht viel grundsätzlicher zu diskutieren als unter den Aspekten der Ungleichheit in der Verteilung, der fehlenden finanziellen Fähigkeit, in Aktien zu investieren oder einer fehlenden Besteuerung, so geschehen etwa anlässlich der Vorstellung einer comdirect-Studie 2018 (FR, 3.8.2018). Kann linke Politik sich darin erschöpfen, etwa den Aktienbesitz oder andere Geldanlagen gleichmäßiger zu verteilen oder müsste nicht viel mehr an die früheren Debatten zur Beteiligung am Produktivvermögen als Beitrag zur Demokratisierung der Wirtschaft angeknüpft werden und über angemessene kollektive Formen dieser Beteiligungen nachgedacht werden? Einige aktuelle Debattenbeiträge unter Linken sind vorhanden.¹

Dieses Arbeitsmaterial aktualisiert eine Zusammenstellung vom August 2018. Da einige der damals noch verfügbaren sozialen Merkmale in den jüngsten Erhebungen nicht mehr ausgewiesen werden, sei hier auf die »Daten zu den Vermögensverhältnissen von Arbeitern sowie einfachen und mittleren Angestellten« hingewiesen:

<https://www.rosalux.de/news/id/39196/daten-zu-den-vermoegensverhaeltnissen-von-arbeitern-sowie-einfachen-und-mittleren-angestellten/>

1 Etwa aus der Partei DIE LINKE in Brandenburg Thomas Falkner: Investitionen gegen die neue Ungleichheit – Wie können Vermögensaufbau erleichtert und Ungleichgewichte verringert werden?; in: Bertelsmann-Stiftung/Das Progressive Zentrum (Hrsg.): Soziale Marktwirtschaft: All inclusive? Vermögen, Gütersloh 2018, S. 14-47.

Vermögensungleichheit, soziale Marktwirtschaft, Leistungsgesellschaft und das »Paradies der Reichen«

Ein Fundstück

Mitte 1969 bilanzierte DER SPIEGEL unter dem Titel »Vermögensverteilung: Paradies der Reichen« die ersten zwanzig Jahre „soziale Marktwirtschaft“ und wieweit sie mit dem Versprechen von „Wohlstand für alle« gekommen war. Die Bilanz fiel einigermaßen verheerend aus. Dem heutigen Leser zeigt sich zugleich eine andere gesellschaftspolitische Qualität der politischen Debatte über Ungleichheit, weshalb hier ausführlicher zitiert wird.

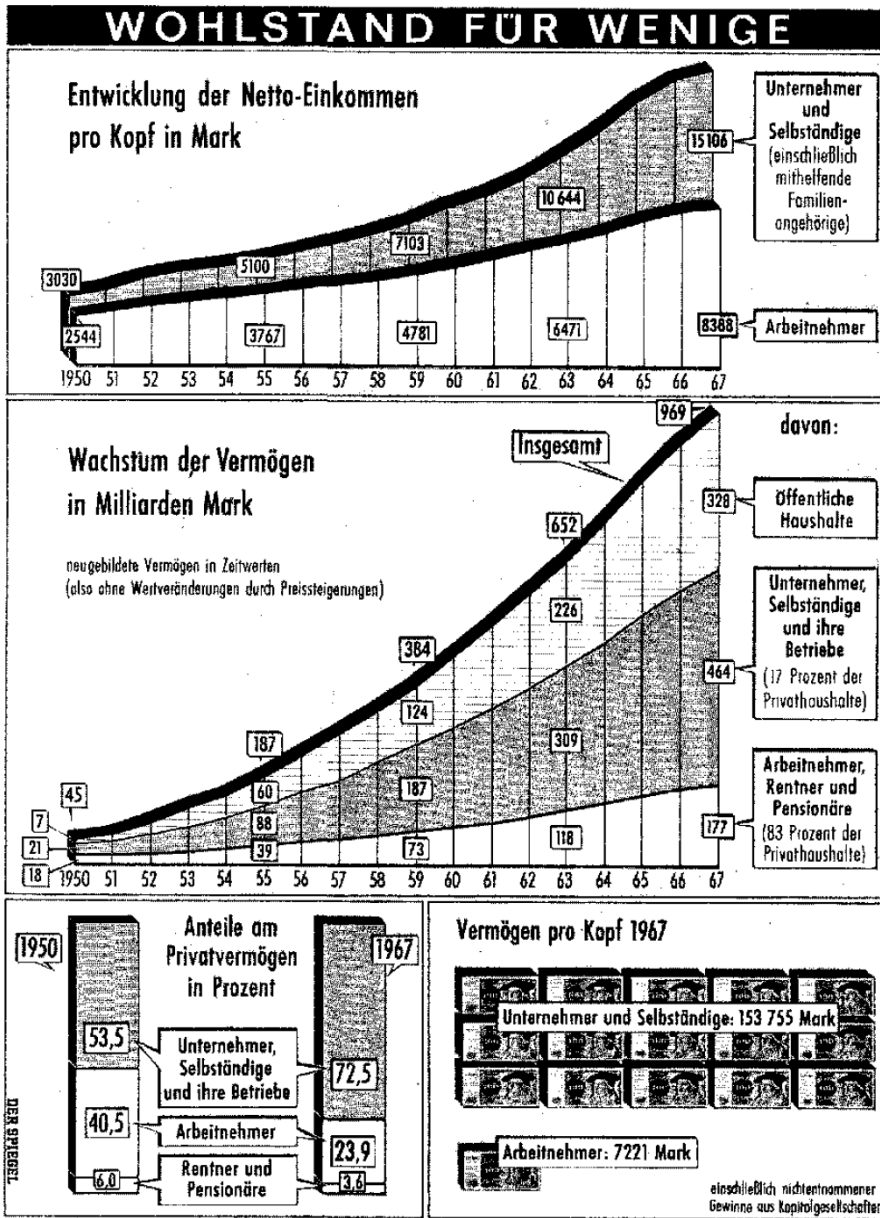


Rund 2.380 westdeutsche Unternehmer und Kapitaleigner hatten 1965 ein Monatseinkommen von durchschnittlich je 190.000 Mark. Im gleichen Jahr verdiente ein Drittel der Lohn- und Gehaltsempfänger höchstens 500 Mark: binnen zwölf Monaten soviel wie die Millionäre in 23 Stunden. (...) Insgesamt 15.247 Bundesbürger mußten 1966 Vermögen mit mehr als einer Millionen Mark versteuern. Allein Westdeutschlands 34 reichste Männer zogen aus ihrem Besitz Jahreseinkommen von jeweils mehr als zehn Millionen Mark. Diese Gruppe, zu der die Industriellen Friedrich Flick und Herbert Quandt, der Presse-Tycoon Axel Springer und die Feudalsippe derer von Thurn und Taxis zählen, meldete den Finanzämtern 1963 ein Gesamteinkommen von rund 680 Millionen Mark – genau doppelt so viel wie die 29.000 Arbeiter und Angestellten der August Thyssen-Hütte AG in Duisburg-Hamborn zusammen. Fast die Hälfte aller westdeutschen Haushalte konnte bis 1961 von ihrem Arbeits-

lohn noch nicht einmal 2.000 Mark zurücklegen. Der Betrag reicht gerade aus, die Beerdigungskosten des Ernährers zu decken. Rund drei Millionen Familien mit fast neun Millionen Angehörigen besitzen nichts außer einem bißchen Hausrat und ihrer Garderobe. (...) in 20 Jahren christdemokratischer Herrschaft hat die kleinste soziologische Gruppe der drei Millionen Selbständigen rund 70 Prozent der neugeschaffenen Privatvermögen für sich reserviert: Von 641 Milliarden Mark Geld- und Sachkapital, Wohnungs- und Hausrat-Vermögen fielen den Selbständigen fast 450 Milliarden zu. Die siebenmal größere Gruppe der Arbeitnehmer brachte im Heimatland der sozialen Marktwirtschaft lediglich 165 Milliarden beiseite. (...) Zur Creme des Landes zählen 305.000 Familien. Ihnen – genau 1,7 Prozent der Haushalte – gehören 35 Prozent aller privaten Vermögen und rund 70 Prozent der Produktionsmittel. Die Oligarchie der großen Familien hat viermal soviel Vermögen angehäuft wie alle 13 Millionen Arbeiter zusammen. (...)

In einer Gesellschaft, die unumschränktes Privateigentum an Produktionsmitteln erlaubt, fließt das neuentstandene Kapital immer wieder ausschließlich den alten Besitzern zu (...) Immer größerer Besitz konzentriert sich bei immer weniger Gesellschaften, und das Einkommens der Kapitaleigner wächst zwangsläufig.

Ihr programmatisches Ziel, eine gerechtere, daß heißt gleichmäßigere Verteilung von Einkommen und Vermögen zu erreichen, hat die Christlich-Demokratische Union in der politischen Realität niemals angestrebt. Schon beim Start ins Wirtschaftswunder im Jahre 1948 wurden die Unternehmer und Konzernherren begünstigt. Ihren gegenwärtigen Reichtum verdanken sie der Entscheidung Ludwig Erhards und der Besatzungsmächte, daß allein die Kleinsparer für den verlorenen Krieg bezahlen mußten. Die Arbeitnehmer büßten bei der Währungsreform praktisch ihre gesamten Ersparnisse, Lebensversicherungen und festverzinslichen Wertpapiere ein. Denn diese Rücklagen wurden durchschnittlich um 80 Prozent abgewertet. (...)



Aktionäre, Grundbesitzer und Unternehmer retteten aus der Liquidation des Dritten Reiches ein Vermögen, das nach Schätzungen Professor Gleitzes² heute rund 600 Milliarden Mark wert ist. Allein den Anteilseignern der Kapitalgesellschaften verblieben Aktien im Nennwert von 13 Milliarden Mark, die im Verhältnis eins zu eins auf Deutsche Mark umgestellt wurden. Diese Wertpapiere repräsentieren derzeit mehr als ein Viertel des Industrie-Vermögens aller Aktiengesellschaften. (...) Mit ihrer Kopfquote von 40 Mark hatten mindestens vier Fünftel der Bundesbürger den Wettlauf in die Wohlstandsgesellschaft bereits am Start verloren. Die Zimmerer der Sozialen Marktwirtschaft verschwendeten keine Kräfte daran, wie

die schiefe Lastenverteilung, die im Interesse der wirtschaftlichen Erholung anfangs vielleicht sogar notwendig war, nach Überwindung der schwierigen Anlaufphase zu korrigieren sei. Niemals zuvor hat ein Industriestaat - nicht einmal Adolf Hitlers Drittes Reich - der kleinen Gruppe von Unternehmern derart viele Steuervorteile und Privilegien zugeschoben wie die Bundesrepublik. Freilich, keiner der Vermögensbildungspläne würde den Arbeitnehmern zunächst viel mehr einbringen. Selbst das revolutionärste Konzept, der Gleitze-Plan, würde die bisher Besitzlosen derzeit jährlich nur um ein paar hundert Mark reicher machen. Erst nach Generationen wäre die Eigentumsverteilung merkbar verändert. Immerhin aber könnten die Parteien mit einem derartigen Programm den Verdacht entkräften, daß die Proklamation des Sozialstaates nur eine Leimrute für dumme Wähler ist. Dank der auf allen Seiten des Hohen Hauses verfestigten politischen Maxime, daß im Lande nichts geschehen darf, was den Vermögenden auch nur ein Stirnkräusen entlocken könnte, wird die kleine Schicht der Reichen jedoch auch in Zukunft immer reicher und exklusiver werden. Hessens Finanzminister Albert

2 Der Statistiker und Wirtschaftswissenschaftler Bruno Gleitze war bis 1968 Leiter des Wirtschaftswissenschaftlichen Instituts des DGB und 1966/67 kurzzeitig Wirtschaftsminister in Nordrhein-Westfalen. Von ihm stammt u.a.: *Sozialkapital und Sozialfonds als Mittel der Vermögenspolitik.* (= WWI-Studie. Nr. 1). Köln-Deutz 1968. Mit seiner Kritik an der Vermögensverteilung stand er nicht allein. So fürchtete etwa Wilhelm Krelle, Ordinarius für Theoretische Volkswirtschaftslehre an der Universität Bonn, die Bundesrepublik laufe Gefahr, »eine funktionslose Rentnerschicht ähnlich wie Adel und Geistlichkeit im Ancien régime herauszubilden« (zitiert nach besagtem SPIEGEL-Artikel).

Osswald publizierte, daß in seinem Bundesland 1.274 Bürgern mehr als 40 Prozent aller steuerpflichtigen Vermögen gehören. In den Rest teilen sich 40.882 Landesbürger. Mehr als fünf Millionen Hessen haben nichts, was sich zu besteuern lohnte. Bis 1979 wird das Volksvermögen nach Schätzungen wissenschaftlicher Institute um etwa 1.200 Milliarden Mark wachsen. Der Löwenanteil dieser Rate - das steht felsenfest - wird abermals den privilegierten zwei Prozent zufallen.

»Freiheit braucht Eigentum«

Die Vermögensverteilung beschäftigte Ende der 1960er Jahre die Bundestagsparteien, die auf die wachsende Ungleichheit der Vermögensverteilung mit Konzepten zur „Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand“ reagierten. Die sozialliberale Regierungskoalition hatte sich 1969 auf eine Verdopplung des steuerlichen „Begünstigungsrahmens für vermögenswirksame Leistungen“ auf 624 DM verständigt.

Das CDU-Präsidium installierte eine „Eigentumskommission“ unter der Leitung von Fritz Burgbacher, Chef der Rheinischen Energie AG, Vorsitzender des Bundes Katholischer Unternehmer und Vertreter der katholischen Soziallehre, die in der heutigen CDU kaum noch vertreten ist. Burgbacher hielt das Ergebnis von zwanzig Jahren christdemokratischer Steuerpolitik – 1,7 Prozent der Familien gebieten über 70 Prozent des Produktionskapitals – für »skandalös« und fürchtete: »Wenn wir nicht endlich für Vermögen bei den Arbeitnehmern sorgen, dann werden wir eines nicht allzu fernen Tages enteignet.«³ Burgbachers Kommission arbeitete an einem Gesetzentwurf »über die Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivvermögen der Wirtschaft«. Hierbei handelte es um ein Investivlohn-Modell. Die (großen) Arbeitgeber sollten verpflichtet werden, für jeden ihrer Beschäftigten monatlich 20 DM vermögenswirksam anzulegen. Außerdem sollten die vermögenswirksamen Leistungen des Staates (312 DM im Jahr) in Wertpapieren fest angelegt werden. Diese Mischung aus Zwangssparen und Beteiligung am Wertpapiergewinn sollte im Verlauf des Arbeitslebens von 40 Jahren zu einem Vermögensaufbau von rund 90.000 DM führen. Dann sei, so wird Burgbacher in dem Bericht zitiert, »der Fortbestand unserer Gesellschaft, die auf Eigentum beruht, gesichert«.

In der FDP wurde die Vermögensfrage nicht unmittelbar vor dem Hintergrund der Enteignungsfurcht diskutiert, sondern im Rahmen ihrer sozialliberalen Neupositionierung unmittelbar als zentrale Frage der »Freiheit« begriffen. Mehr noch als die katholische Soziallehre führt heute der Sozialliberalismus, immerhin eine Gründungsströmung in der frühen Arbeiterbewegung, ein kümmerliches parteipolitisches Schattendasein. Die »Freiburger Thesen« gingen von einem engen Zusammenhang von Eigentum (Vermögen) und Freiheit in der Art aus, dass eigenes Vermögen, also finanzielle Unabhängigkeit, die Grundlage für Fremdbestimmung und Anpassungszwang mildere. Vermögenspolitik besitze daher eine zentrale gesellschaftspolitische Bedeutung:

Freiheit braucht Eigentum. Eigentum schafft Freiheit. Es ist Mittel zum Zwecke der Wahrung und Mehrung menschlicher Freiheit, nicht Selbstzweck. (...) Eigentum ist in einer auf Menschenwürde und damit Selbstbestimmung begründeten Rechtsordnung und Staatsverfassung die unverzichtbare Grundlage für eine von Fremdbestimmung und Anpassungszwang weitgehend freie Entfaltung der Persönlichkeit.« »Heute konzentriert sich der Zuwachs an Produktivkapital aus Gewinnen in den Händen weniger Kapitalbesitzer. Das ist gesellschaftspolitisch gefährlich, sozial ungerecht und mit den liberalen Forderungen nach Gleichheit der Lebenschancen und nach optimalen Bedingungen für die persönliche Selbstentfaltung nicht vereinbar. Liberale Vermögenspolitik zielt deshalb auf eine gleichmäßigere Vermögensverteilung und zwar nicht durch einen einmaligen Akt der Korrektur bestehender Verhältnisse, sondern vielmehr durch die ständige Beteiligung breiter Schichten insbesondere am Zuwachs des Produktivvermögens. Die allgemeine Sparförderung hebt ebenso wie eine nur innerbetriebliche Gewinnbeteiligung die bestehende Ungleichheit der Beteiligung am Zuwachs des Produktivvermögens nicht auf. Wir brauchen deshalb Beteiligungsformen, die den Vermögenszuwachs unmittelbar und für alle erfassen. Das ist nur über ein überbetriebliches Beteiligungssystem möglich, das den laufenden Zuwachs am Produktivkapital sozial gerechter verteilt. Private und öffentliche Unternehmen werden von einer bestimmten Wertschöpfung an verpflichtet, Beteiligungsrechte an ihrem

3 »CDU-Vermögenspolitik: Kühn und dumm«; in: Der Spiegel, 2/1970, S. 26.

Vermögenszuwachs einzuräumen. Bei Konzernen gilt die Wertschöpfung aller horizontal und vertikal verbundenen Unternehmen.⁴

Der sozialliberale Schneid hatte allerdings enge Grenzen. Zwar gelte es, die »Freiheit durch mehr Gleichheit und mehr Gerechtigkeit zu erhalten«. Dabei dürften aber nicht zu große »Reibungsverluste« entstehen, die das erreichte Wohlstandsniveau schmälern würden. Deshalb komme eine Umverteilung der bestehenden Vermögen nicht in Frage, wohl aber die Neuverteilung des Produktivitätszuwachses.

Die mit einer solchen Politik (der Umverteilung bestehender Vermögen – HK) verbundenen Gesellschaftskämpfe und Reibungsverluste würden mehr Gesamtschaden anrichten, als eine funktionierende Gesellschaft in einem Jahrzehnt allein an Zuwachs produziert. Beim zu erwartenden Wachstum der Wirtschaft würde eine Neuverteilung des Zuwachses am Produktivvermögen langfristig für die Lebensperspektiven der breiten Mehrheit der Bürger weniger Risiko und mehr Gewinn bedeuten als eine Periode revolutionärer Stürme und Kämpfe.⁵

„Reform statt Revolution“, dieser Denkansatz war im liberalen wie im aufgeklärten katholischen Bürgertum vor fünfzig Jahren verbreitet. Anhaltende, gar wachsende Vermögensungleichheit und Fernhalten der Lohnabhängigen vom Produktivvermögen galten als auf die Dauer unhaltbar, weil die Legitimation des wirtschaftlichen Systems unterhöhend.⁶ Doch spätestens seit den 1980er Jahren ist Schluss mit dem Abbau von Einkommens- und Vermögensungleichheit. Die Vermögenseinkommen wachsen zu Lasten der Lohneinkommen, die Ungleichheit bei Einkommen und Vermögen steigt wieder an.

Die Vermögensbildung für Nichtvermögende wurde staatlicherseits jahrzehntelang durch eine Reihe, zum Teil inzwischen ausgelaufener Maßnahmen, gefördert. Hierzu zählen die Wohnungsbauförderung (Wohnungsbauprämie, Eigenheimzulage; neu: Baukindergeld), die Arbeitnehmersparzulage, die Mitarbeiterbeteiligung und der Sparerfreibetrag sowie die Förderung der privaten Altersvorsorge („Riester“) durch Steuerermäßigung und Zulagen. Die Bilanz dieser Vermögenspolitik im Jahr 2017 auf Basis der Daten bis 2014:

Zusammenfassend können für Deutschland eine hohe Vermögensungleichheit sowie stagnierende bzw. fallende Reallöhne und Lebenseinkommen für große Teile der Gesellschaft belegt werden. Dies

4 Freiburger Thesen zur Gesellschaftspolitik der Freien Demokratischen Partei, beschlossen auf dem Bundesparteitag in Freiburg vom 25./27. Oktober 1971. [Archiv des Liberalismus (ADL), PDF-Dokument IN5-94] Abgabepflichtig sollten nur etwa 10% der gewerblichen Unternehmen mit der höchsten Wertschöpfung sein. Die Abgaben sollten von einer öffentlich-rechtlichen Anstalt übernommen und regionalen Kapitalanlagegesellschaften zugewiesen werden. Alle im Inland lebenden Staatsbürger sollten grundsätzlich bezugsberechtigt sein. Vgl. auch

5 Karl-Hermann Flach: Mehr Freiheit für die Menschen; in: Karl-Hermann Flach/Werner Maihofer/Walter Scheel: Die Freiburger Thesen der Liberalen, Hamburg 1972, S. 17-24, S. 20. Die Position war ebenfalls stark von der „Systemkonkurrenz“ der sozialistischen Staatenwelt geprägt, gründete aber nicht im drohenden Eigentumsverlust, sondern im absehbaren staatlichen Repressionsapparat. Flach argumentierte gegen die 68er Linke, dass jede revolutionäre Veränderung zu erheblichen »Reibungsverluste« gerade in Gesellschaften mit der hochgradigen Arbeitsteilung der »hochtechnisierten Industriegesellschaft« mit sich bringe, zu Einbrüchen im erreichten Wohlstand, in der »Leistungskraft der lebenswichtigen Verteilungs- und Versorgungssysteme“ führe. »Mehr als eine Generation müsste die Folgen einer solchen Revolution mit einem ganz erheblichen Absinken ihres persönlichen Lebensstandards und einer entsprechenden Verminderung der öffentlichen Dienstleistungen bezahlen.« Die daraus entstehende »Unordnung« würde »die neuen Machttträger mit unheimlicher Zwangsläufigkeit zwingen, immer mehr Gewalt anzuwenden, um die „Errungenschaften“ ihrer Revolution zu verteidigen«, so dass der »Freiheitsgehalt der Gesellschaft« auf diesem Wege langfristig sinken müsste. Eine Revolution würde das erreichte Produktivitätsniveau und den Freiheitsgrad der Gesellschaft zurückdrehen. Sie drohe, wenn die Gesellschaft reformunfähig sei, deshalb: »Die eigentliche revolutionäre Gefahr in Westeuropa sind daher die Konservativen, die Gestrigen, die Reformunfähigen.«

6 Die Auffassung, dass die Arbeitnehmer angemessen am wachsenden Produktivvermögen zu beteiligen seien, entsprang auch dem „Klassenkompromiss“ der Lohnpolitik und der sich darum rankenden gesellschaftspolitischen Ordnungsmodelle. Die „produktivitätsorientierte Lohnpolitik“ sollte die Produktivitätsgewinne gleichmäßig auf Arbeit und Kapital verteilen. Die eigentliche klassenpolitische Auseinandersetzung in der Vermögenspolitik verlief daher entlang der Frage, ob die Vermögenspolitik die Lohnpolitik ergänzte oder in Teilen ersetzte, ob also z.B. die vermögenswirksamen Leistungen der Unternehmen mit dem Lohn bzw. Lohnzuwächsen verrechnet werden sollten oder nicht und inwieweit es sich dabei um direkte Anteile am Produktivvermögen mit entsprechenden Rechten handeln würde.

hat sich im letzten Jahrzehnt für die unteren 30 Prozent der Haushalte in einem realen Einkommensverlust und für immerhin 60 Prozent der Haushalte in einem unterdurchschnittlichen Wachstum der verfügbaren Haushaltseinkommen manifestiert. Am oberen Rand der Verteilung ist hingegen die Konzentration von Einkommen und Vermögen weiter vorangeschritten. Die ungleiche Verteilung der Vermögen, und damit der Kapitaleinkommen (...) bedeutet für die vergangene und weitere Entwicklung: allein die ungleiche Ausgangssituation muss bei unveränderten Rahmenbedingungen dazu führen, dass sich sowohl die Verteilung des Vermögensbestandes als auch der Einkünfte aus Vermögen weiter ungleich entwickeln werden. Die mit der Vermögensverteilung in Zusammenhang stehende Ungleichheit wird sich mithin in der Zukunft weiter akzentuieren – mit Folgen für gesellschaftliche Teilhabechancen, aber auch für die Akzeptanz des Systems der Sozialen Marktwirtschaft insgesamt.⁷

50 Jahre nach den Warnungen ist die Vermögensungleichheit größer als zuvor, die kapitalistischen Eigentumsverhältnisse erscheinen den Zeitgenossinnen und -genossen gleichwohl stabiler. Verstehen lässt sich dies nur, wenn davon ausgegangen wird, dass die trotz wachsender Vermögensungleichheit die Zahl derjenigen, die über wenn auch nur kleines Vermögen verfügen, gewachsen ist und damit eine „Vermögensillusion“ eine breitere soziale Basis erhalten hat.

Facetten einer „Vermögensillusion“

Eine Erklärung dafür könnte sein, dass bei aller Zunahme der Ungleichheit doch größere Teile der Bevölkerung ein „kleines Vermögen“ aufbauen konnte. Dieser Fragestellung wird im empirischen Teil dieses Arbeitsmaterials nachgegangen. Die Annahme dabei ist, dass der Vermögensaufbau nicht nur in der oberen Mittelschicht, sondern auch in der mittleren Einkommenschicht möglich und damit für die unteren Schichten erreichbar wurde: also für größere Teile der industriellen Stammbeflegschaften, des öffentlichen Dienstes und der sozialen Aufsteiger der folgenden Generation, die für die politische Stabilität eine entscheidende Rolle spielt.

Im Sinne der sozialliberalen Vorstellung von Vermögen, das Freiheit, also Abbau von Abhängigkeiten und Fremdbestimmung erlaubt, lassen sich verschiedene Vermögensarten, die divergente Perspektiven auf den Finanz- und Immobiliensektor fördern, unterscheiden:

- ◆ Haus- und Grundbesitz, Wohneigentum: Verminderung möglicher Fremdbestimmung durch Vermieter (Kündigung, Mieterhöhung); „kleine“ Gestaltungsfreiheit der Wohnsituation; Verpflichtungen gegenüber Banken, langfristige Zinsentwicklung; Teil der politischen Ökonomie des Bodens, z.B. Wertsteigerungen, Abwehr vermeintlich oder tatsächlich wertmindernder Vorhaben (der Kommune, privater Investoren);
- ◆ »Alltagsvermögen«/Sachvermögen und Wertgegenstände: notwendige Teilhabe (z.B. Mobilität) und Indikatoren des sozialen Status;
- ◆ Sparkonten und vergleichbare Geldanlagen: Verminderung der Bedeutung kleiner „Wechselfälle des Alltages“ (Ersatz von Hausrat usw.) und Ermöglichung kleiner „Freuden des Alltages“ (Anschaffungen, Urlaub);⁸
- ◆ Kapitallebensversicherungen, private Alterssicherungen: Vorsorge gegen Einkommensverlust im Alter; langfristig angelegte Sparpläne und entsprechende Sicherheits- bzw. Stabilitätserwartungen an den Finanzmarkt einschließlich der Erwartung, das sich mit Geld Geld machen lässt (Zinserwartung);

7 Timm Bönke, Henrik Brinkmann: Privates Vermögen und Vermögensförderung in Deutschland, Gütersloh, Juni 2017 (www.bertelsmann-stiftung.de), S. 15.

8 Das früher in der Arbeitnehmerschaft verbreitete „Sparen auf etwas“ verwandelt sich in Zeiten der Konsumentenkredite in ein „Abbezahlen dessen, was man sich geleistet hat“, in das frühere „Anschreiben lassen“. Diese Umstellung vergrößerte zum einen volkswirtschaftlich die Konsumnachfrage und zum anderen die Zahl der Schuldner (und Zinspflichtigen).

- ◆ Wertpapieranlagen der unterschiedlichsten Art: unterschiedliche Anlagestrategien, denen allen die Erwartung gemeinsam ist, dass Renditen und Zinsen erwirtschaftet werden: sein Geld „arbeiten“ lassen;
- ◆ Beteiligung am Betriebs-/Unternehmenskapital: Mitarbeiterbeteiligung (am Produktivvermögen oder am Gewinn) gesetzlich nicht geregelt, existiert nur auf betrieblicher Ebene.

Die Hinnahme der Vermögensungleichheit bzw. einer wachsenden Vermögensungleichheit deutete sich bereits an, als ohne größere Proteste die Erhebung der Vermögenssteuer ausgesetzt werden konnte. Möglicherweise hatte sich bereits eine „Vermögensillusion“ ausgebreitet, wonach man selbst von einer solchen Steuer „demnächst“ betroffen wäre. Möglich auch, dass sich der Kreis der Vermögensanleger nicht nur vergrößert, sondern eine die sozialen Verhältnisse tragende Schicht zu Geldanlegern geworden war. Christoph Deutschmann hat in der Tat beobachtet, dass es sich bei der neuen Schicht von Finanzmarktanlegern um „sozial Erfolgreiche“ handelt:

Sie gehören den gehobenen oder höchsten Einkommensklassen an, verfügen überproportional häufig über gehobene Bildungsabschlüsse, üben einen Beruf als Angestellte oder Beamte im Bereich der höheren Dienstleistungen aus, oder sind als Führungskräfte, Selbständige oder Freiberufler tätig. Vielfach handelt es sich um Personen, denen der Erfolg nicht in die Wiege gelegt wurde, sondern die ihn sich durch eigene Anstrengungen erarbeitet haben. Oft sind es soziale Aufsteiger, die sich beruflich und sozial weit über die Positionen ihrer Eltern hinaus hochgearbeitet haben.⁹

Status-Symbol: Aktiv am Finanzmarkt

Die Bewerbung und die Ausgabe der Telekom-Aktie Ende 1990er Jahre förderte eine Art Goldgräber-Stimmung und die Vervielfältigung des Interesses an Geldanlagen auf den Finanzmärkten. Wer konnte, sollte „sein Geld für sich arbeiten lassen“. Der soziale Aufstieg und die aktive Teilhabe am Geldmarkt hat soziale und sozialpsychologische Folgen, so Deutschmann, für die Selbstwahrnehmung, für Handlungsorientierungen und Gesellschaftsbilder, z.B.:

Geld ist nicht bloß „Indikator“ der sozialen Position eines Individuums, sondern begründet diese Position selbst unmittelbar, in dem es – in seiner Eigenschaft als „Vermögen“ - umfassende Zugriffsrechte auf den gesellschaftlichen Reichtum eröffnet. Wer Geldvermögen hat, übt sozialen Einfluss nicht kraft seiner Reputation oder seines gesellschaftliche Ranges aus, sondern verfügt über eine generalisiertes Machtpotenzial, das scheinbar gänzlich ohne soziale Vermittlungen auskommt. Vermögen heißt Können, und das im Geld objektivierte Können lässt den Vermögensbesitzer leicht den Unterschied zwischen seinen in der Regel sehr begrenzten persönlichen Fähigkeiten und dem Potenzial des Geldes vergessen.

Individuelle Anleger pflegen sich über das Problem der kollektiven Folgen des eigenen Handelns keine großen Gedanken zu machen. Weit verbreitet ist die Vorstellung, man habe so etwas wie ein „Naturrecht“ auf Rendite. (...) Woher der Gewinn eigentlich kommt: darüber denkt man nicht genauer nach (...) Der Gewinn scheint aus dem Portfolio zu fließen wie der Strom aus der Steckdose. Das Geld selbst scheint es ja zu sein, das gemäß der populären Sparkassenreklame für den Anleger „arbeitet“.¹⁰

Diese Vorstellung lässt sich als zweites Element der Vermögensillusion begreifen: das Ausblenden der Arbeit bzw. der Herkunft der Rendite. Ihre Verbreitung fällt mit der intergenerationellen Mobilität zusammen. Zum oberen sozialen Status der Selbstständigen, Freiberufler, höheren und mittleren Dienstleister zählten in Westdeutschland im Jahr 2000 nur 21% der Väter, aber 51% der Söhne. Der Anteil der Facharbeiter und An- und Ungelernten betrug bei den Vätern noch 48%, bei den Söhnen nur noch 34%. Ebenfalls stark zurückgegangen war bei den Söhnen der Anteil der ausführenden Dienstleister. Mit an-

9 Christoph Deutschmann: Der kollektive „Buddenbrooks-Effekt“. Die Finanzmärkte und die Mittelschichten. Working Paper 08/5 des Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung (MPIfG), Köln 2008. ISSN: 1864-4333 (Internet); S. 10.

10 Deutschmann, a.a.O., S. 11, 13.

deren Worten: der Anteil derjenigen, die sich nicht um jeden Preis weiter nach oben arbeiten müssen, wird größer, Geldanlagen (und Statussicherung) werden wichtiger.¹¹

Nichtwissen

Ein drittes Element der Vermögensillusion bzw. der Hinnahme von Vermögensungleichheit verdankt sich schlicht dem Nichtwissen. Das verbreitete (Nicht-)Wissen um die reale Verteilung der Vermögen fällt zusammen mit einem ebenfalls verbreiteten Nichtwissen über die eigene Position in der Vermögensverteilung. Eine Umfrage im Auftrag der Wochenzeitung DIE ZEIT ergab, »dass die meisten Menschen in Deutschland ihre Lage schlecht einschätzen. Die einen schätzen sich zu reich, die anderen schätzen sich zu arm ein.«¹² Die Einschätzungen zur eigenen Position in der Vermögensverteilung lagen im Durchschnitt aller Teilnehmer um 26 Prozentpunkte daneben. Das erste, das untere Fünftel mit einem (Netto-) Vermögen von bis zu 2.400 Euro zählte sich im Schnitt zur „Mitte“, ebenso das zweite Fünftel (Haushalte mit Vermögen von 2.500 bis 27.100 Euro). Das mittlere Fünftel mit einem Vermögen bis zu 110.000 Euro ordneten sich im Durchschnitt richtig ein, die „obere Mitte“ (bis zu 274.700 Euro Vermögen) ordnete sich leicht niedriger ein, das obere Fünftel glaubte überwiegend, zur oberen Mitte zu gehören und nicht zu den Reichen.

Auch die Erhebungen der Deutschen Bundesbank zu den Vermögensverhältnissen stellen regelmäßig „falsche“ Kenntnisse über die eigene Position in der Vermögensverteilung fest.

Setzt man die Selbsteinschätzung mit der tatsächlichen Position in der Verteilung in Relation, zeigt sich, dass mit dem in der Erhebung gemessenen Nettovermögen nicht nur der Anteil der Haushalte steigt, die sich in das falsche Dezil einsortieren, sondern auch die durchschnittliche Abweichung des geschätzten zum tatsächlichen Dezil. (...) Um eine korrekte Einstufung vornehmen zu können, müsste ein Haushalt Kenntnis von der tatsächlichen Vermögensverteilung haben und sein eigenes gesamtes Nettovermögen korrekt einschätzen können. (...) Zudem ist anzunehmen, dass nur sehr wenige Haushalte die tatsächliche Vermögensverteilung kennen.¹³

Das Wissen um die tatsächliche Verteilung von Vermögen (und Einkommen) und um die eigene Position in der Verteilungshierarchie ist wichtig, um eigene ökonomische Interessen identifizieren zu können. Es beeinflusst die »Einstellungen zu Umverteilung und Ungleichheit als Staatsbürger und Wähler«¹⁴. Ob jemand für höhere Steuern auf Einkommen und Vermögen votiert, kann stark davon abhängen, ob man sich selbst für „betroffen“, für reich und vermögend hält oder nicht.

Ein Forscherteam um Andreas Herrmann (Universität St. Gallen) befragte im Frühjahr 2017 1.500 Wahlberechtigte in Deutschland zur Verteilung der Nettovermögen. Die Ergebnisse zeigten ein verbreitetes Nichtwissen über die realen Verhältnisse und eine deutliche Diskrepanz zwischen den geschätzten und den gewünschten weniger ungleichen Verhältnissen. Ein Gini-Koeffizient von „0“ stand dabei für die Gleichverteilung, ein Koeffizient von „100“ für die maximale Ungleichverteilung: eine Person bzw. ein Haushalt besitzt das gesamte Vermögen.

Unterscheidet man die Antworten auf die Frage »Wie sollte das Vermögen Ihrer Meinung nach in einer gerechten Gesellschaft verteilt sein?« nach Parteipräferenzen, ermittelten die Forscher einen Gini-Koeffizienten für die Anhänger der Union von 18, Grüne: 17, AfD und SPD: 16, Linkspartei: 14 und für die FDP-Anhänger: 23.¹⁵

11 Zahlen nach SOEP, Deutschmann a.a.O., S. 15.

12 Jonas Radbruch: Alle sind Mitte; in: DIE ZEIT, Nr. 8/2018, 15. Februar 2018.

13 Deutsche Bundesbank: Vermögen und Finanzen privater Haushalte, Ergebnisse der Vermögensbefragung 2017; Monatsbericht April 2019, S. 24. Im folgenden: Deutsche Bundesbank 2019.

14 Radbruch 2018

15 Der Spiegel: Wenn FDP-Wähler zu Sozialisten werden; Nr. 31/2017 und hier:

<https://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/ungleichheit-bei-vermoegen-wenn-fdp-waehler-zu-sozialisten-werden-a-1158432.html>, 5.8.2017

Tab. 1: Reale, geschätzte und gewünschte Verteilungsverhältnisse

Verteilung des Nettovermögens			
	Real (2013)	Geschätzt (2017)	Gewünscht (2017)
5. Quintil	73,6%	53,1%	30,2%
4. Quintil	21,4%	20,8%	22,3%
3. Quintil	6,0%	13,1%	18,7%
2. Quintil	0,7%	8,0%	15,9%
1. Quintil	-1,5%	4,8%	12,8%
Gini-Koeffizient	74	44	17

Quelle: Der Spiegel, 31/2017

Einfluss auf Interessenbildung?

Inwieweit sich Arbeiter und Angestellte selbst auch als Vermögensbesitzer – vom Wohnungseigentümer bis zum Aktienanleger – sehen, kann bestimmenden Einfluss auf ihre gesellschaftliche Wahrnehmung haben. Insbesondere die tatsächliche oder erstrebte soziale Rolle des Geldanlegers, die nicht von der Abwendung von Abhängigkeiten und Unsicherheiten (Wohnung, Alter, Krankheit), sondern vom Renditemachen dominiert ist, verändert leicht den Blick auf gesellschaftliche Verhältnisse. Die Verbreitung von Vermögensbesitz und die Höhe des Besitzes können wichtige Faktoren der Selbstwahrnehmung von Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen in der Gesellschaft sein. Sie ist dann Bestandteil der Herausbildung von sozio-ökonomischen Interessen und Reaktionen auf politische Maßnahmen zur Regulierung des Geldkapitals und Vermögens (Vermögenssteuer, Erbschaftssteuer) in bestimmten sozialen Schichten, in denen Gesichtspunkte des Vermögensbesitzers unter Arbeitern und Angestellten größere Handlungsrelevanz erlangen könnten.

Mit der Frage nach den Vermögensverhältnissen von Arbeitern und Angestellten verbindet sich die Frage, inwieweit das Streben nach Vermögensaufbau und Geldanlagen zu den »Sicherheitsstrategien« von Arbeiter- und Angestelltenhaushalten zählen. Je verbreiteter solche Strategien sind, um so bedeutsamer dürften Finanzkrisen und ihre politische Bearbeitung für Einstellungen unter Arbeitern und Angestellten sein. Es geht am Ende auch um die Frage, welche Rolle die Erfahrungen von Kleinanlegern auf den Finanzmärkten für das Erstarken rechtspopulistischer Positionen gespielt haben könnten.¹⁶

Je deutlicher hierbei seitens staatlicher Politik große Risiken eingegangen werden, die von marktwirtschaftlichen Regeln nicht gedenkt sind, sondern sich vermeintlich marktfernen Kriterien wie »Systemrelevanz« verdanken (bei der Bankenrettung, bei der Euro-Schuldenkrise mit folgenden Niedrigzinsen), um so heftiger können politische Brüche ausfallen. Hierfür stehen nicht zuletzt die Erfolge der ursprünglichen »Professoren«-AfD mit ihren marktliberalen Positionen. Die niedrigen Zinsen stellen die Sparer und langfristigen Anleger, und dabei handelt es sich um bevorzugte Anlageformen der unteren und mittleren Einkommen, auf eine harte Probe: einerseits schaffen sie ein gewisses Maß an Stabilität und Sicherheit, andererseits blockieren sie den Vermögensaufbau. Ein Ende der Niedrigzinspolitik ist, gerade auch angesichts einer heraufziehenden Wirtschaftskrise, nicht in Sicht und damit eine weitere Zunahme der „Nervosität“, der Gereiztheit der Sparer und Anleger wahrscheinlich. Gleichzeitig wächst die Zahl der »Erben in der Leistungsgesellschaft«, »unverdientes Vermögen« könnte zu einer neuen gesellschaftlichen Legitimationskrise führen – oder zur Wiederkehr proletarischer Klassenlagen massiv beitragen.

16 Vgl. zu dieser Fragestellung auch Korom 2017, der die Bedeutung von Immobilien und Erbschaften insbesondere für die Alterssicherung in der Mittelschicht untersucht und zu dem Ergebnis kommt: »Erbschaften, insbesondere Immobilien, ermöglichen ihnen auch die familiäre Statussicherung. Angesichts dieser Unterschiede scheinen vergangene Zeitdiagnosen, die eine „nivellierte Mittelschicht“ (Schelsky [1953] 1965) oder einen weitgehend „fließenden Übergang vom Höher zum Tiefer“ (Bolte et al. 1967, 313f.) postulierten, nicht mehr zutreffend zu sein. Die Mitte ist heute gespalten: Mieterhaushalte, die in der Regel nicht erben, stehen Eigentümerhaushalten mit Erbe gegenüber.« (S. 23)

Die Institution der Vermögensvererbung spielt eine zentrale Rolle für die Reproduktion sozialer Ungleichheit zwischen den Generationen. (...) in Gesellschaften, die sich normativ in hohem Maß als individualistisch und am Prinzip der Chancengleichheit orientiert verstehen, ist die askriptive Reproduktion sozialer Ungleichheit durch Vermögensvererbung zumindest ein Stachel. (...) Niemand weiß, wie viel soziale Ungleichheit eine Gesellschaft aushält. Sicher ist, dass die Wohlstandsentwicklung der letzten zweihundert Jahre ganz wesentlich auch auf den in der Mittelschicht wahrgenommenen Chancen zu sozialem Aufstieg beruht. Eine Gesellschaft, die sich in eine oligarchische Oberschicht einerseits und eine die Hoffnung auf soziale Mobilität aufgebende und sich in ihrem sozialen Status zunehmend bedroht sehende Mittelschicht andererseits spaltet, wird ihre Dynamik verlieren.¹⁷

Methodische Vorbemerkungen¹⁸

Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) des Statistischen Bundesamtes

Die EVS, Erhebungsstand 1.1.2018, erfasst die Einkommens- und Vermögensverhältnisse von Haushalten. Entsprechend werden Daten über Haushalte, erzeugt und nicht über Individuen. Die EVS lässt daher keine Aussagen über die Vermögensverhältnisse von Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen zu, sondern Aussagen über Haushalte, deren Haupteinkommensperson ein Arbeitnehmer oder eine Arbeitnehmerin ist, auch wenn das erfasste Vermögen einer anderen zum Haushalt zählenden Person gehört.

Die Haushalte werden unterschieden nach Haushaltsgröße (Anzahl der Personen im Haushalt), nach Haushaltstyp (Alleinlebende, Paare ohne/mit Kind/ern, Alleinerziehende, nach dem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen, nach der Wohnsituation und nach Geschlecht, Alter und sozialer Stellung der Haupteinkommensperson. Ein Arbeiter, der mit einer selbstständigen Partnerin als Haupteinkommensperson zusammenlebt, erscheint in der Statistik als Angehöriger eines Selbstständigen-Haushaltes. Zum Haushaltseinkommen und -vermögen zählen die Einkommen und Vermögen aller Haushaltsangehörigen.

Die soziale Stellung der Haupteinkommensperson wird in der EVS 2018 unterteilt in Selbstständige (Gewerbetreibende, Landwirte und Landwirtinnen, freiberuflich Tätige), in Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen (Beamte und Beamtinnen, Angestellte, Arbeiter und Arbeiterin, Auszubildende), in Arbeitslose und in Nichterwerbstätige (Schüler und Schülerinnen, Studierende, Hausmänner und Hausfrauen, Personen im Ruhestand), wobei die Haupteinkommenspersonen im Ruhestand gesondert ausgewiesen sind. Einige Klassifikationen der sozialen Stellung, die noch die EVS 2013 auswies, sind in der EVS 2018 entfallen: Beamte, Angestellte, Arbeiter sowie Pensionäre und Rentner. Damit entfällt eine für die Frage nach den Vermögensverhältnissen von Arbeitern und einfachen und mittleren Angestellten zentrale Unterscheidung.¹⁹

In die Erhebung nicht einbezogen werden Personen in Gemeinschaftsunterkünften und Anstalten, also insbesondere Personen in Alters- und Pflegeheimen, Angehörige der Bereitschaftspolizei, der Bundespolizei und der Bundeswehr, soweit sie keinen ständigen Wohnsitz außerhalb der Kaserne haben. Auch Obdachlose werden nicht befragt.

17 Jens Beckert: Erben in der Leistungsgesellschaft; in: MPIfG Jahrbuch 2012, Köln 2013, S. 61.

18 Vgl. zu methodischen Fragen sowie zur Vermögensungleichheit 2012-2017 auch Markus M. Grabka/Christoph Halbmeier: Vermögensungleichheit in Deutschland bleibt trotz deutlich steigender Nettovermögen anhaltend hoch; in: DIW-Wochenbericht 40/2019, S. 735-745.

19 Die entsprechenden Ergebnisse der EVS 2013, die in der Fassung dieses Arbeitsmaterials vom August 2018 referiert wurden, sind im Anhang zu finden.

Erhebungsergebnisse Haushalte mit einem monatlichen Nettoeinkommen über 18.000 Euro werden nicht berücksichtigt:

Ergebnisse für Haushalte, deren monatliches Nettoeinkommen 18.000 Euro und mehr beträgt, bleiben unberücksichtigt, da diese nicht beziehungsweise in viel zu geringer Zahl an der Erhebung teilnehmen.²⁰

Das Vermögen wird unterschieden in Geldvermögen einschließlich Versicherungsguthaben (ohne gesetzliche Rentenversicherung) und in Immobilienvermögen, Haus- und Grundbesitz. Nicht erfasst wird Sachvermögen wie Fahrzeuge, Sammlungen, Schmuck usw. sowie Betriebsvermögen. Alle Angaben zu den Vermögensverhältnissen, Verkehrswerten und Krediten sind Selbstauskünfte der befragten Personen.

Deutsche Bundesbank: Vermögensbefragung

Die Deutsche Bundesbank führt seit 2010 unter dem Titel »Private Haushalte und ihre Finanzen (PHF)« eine eigene repräsentative Erhebung durch. Die Befragung erfolgte erstmals im Jahr 2010, die zweite Befragung 2014 und die jüngste im Jahr 2017. Die Grundgesamtheit bestand aus Haushalten mit mindestens einer Person ab 18 Jahren, aber keinen Haushalten in Gemeinschaftsunterkünften (Seniorenheim, Studentenwohnheim usw.) Befragt wurden rund 5.000 Haushalte, von denen rund zwei Drittel bereits zum zweiten oder dritten Mal teilnahmen.

Die PHF-Erhebungen nehmen eine deutlich differenzierte Unterscheidung nach sozialen Merkmalen vor. Hinsichtlich der sozialen Stellung wird auch 2017 noch wie in der EVS 2013 klassifiziert, also z.B. Daten für Haushalte mit der Referenzperson „Arbeiter“ mitgeteilt. Weiter wird unterschieden nach der Schulbildung und der beruflichen Bildung der Referenzperson. Die „Referenzperson“ ist wie in der EVS die Person im Haushalt, die das höchste Einkommen bezieht.

Die PHF-Erhebung erfasst anders als die EVS auch Betriebsvermögen und Sachvermögen wie Fahrzeuge, Schmuck, Sammlungen usw.

Deutsches Aktieninstitut (DAI): Aktionärszahlen

Das Deutsche Aktieninstitut ermittelt jährlich die Zahl der Aktienbesitzer im Alter ab 14 Jahren. Die Daten erfassen also nur den Wertpapier-Besitz und keine anderen Vermögensteile. Die Angaben beziehen sich nicht auf Haushalte, sondern auf Individuen. In einem Haushalt kann es mehrere Aktienbesitzer geben. Die „Aktionärsstrukturstatistik“ beruht auf einer repräsentativen Umfrage des Umfrage-Instituts KANTAR TNS. In zwölf Wellen werden jährlich insgesamt ca. 28.000 Anleger und Anlegerinnen im Alter von mindestens 14 Jahren befragt, die zufällig ausgewählt und »weitgehend in einem persönlichen Interview nach ihrem Anlageverhalten befragt« wurden²¹. Das DAI weist im Unterschied zu EVS und PHF Mitarbeiterbeteiligungen aus. Die jüngste hier ausgewertete Veröffentlichung enthält keine Angaben zu sozialen Merkmalen der Aktienbesitzer. Entsprechende Angaben aus den Vorjahren sind im Anhang wieder aufgenommen.

Durchschnitt und Median

Die Auswertungen des Statistischen Bundesamtes und der Deutschen Bundesbank unterscheiden zwischen dem arithmetischen und dem geometrischen Mittel, zwischen „Mittelwert“ oder „Durchschnittswert“ und „Median“.

20 Destatis 2019, Fachserie 15, Heft 2, S. 8.

21 Deutsches Aktieninstitut: Aktionärszahlen des Deutschen Aktieninstituts 2018, Frankfurt/M. März 2019 (www.dai.de), im weiteren ausgewiesen als „DAI 2018“; hier S. 11.

Der Mittelwert des Nettovermögens der privaten Haushalte gibt an, wie hoch das Vermögen des einzelnen Haushaltes wäre, wenn das Gesamtvermögen gleichmäßig verteilt wäre.



Der Median-Wert gibt demgegenüber den Vermögenswert an, der die Zahl der Haushalte in zwei Hälften teilt: die eine Hälfte hat mehr, die andere Hälfte weniger.

Je stärker der Mittelwert den Median übersteigt, desto größer ist die Ungleichverteilung. Nach den Erhebungen der Deutschen Bundesbank stieg der Durchschnittswert des Nettovermögens für alle Haushalte von 195.200 Euro in 2010 auf 232.800 Euro (+19,2%). Der Median-Wert stieg von 51.400 Euro auf 70.800 Euro und mit 37,8% stärker. Lag 2010 der Durchschnitt noch um das 3,8fache über dem Median, so 2017 nur noch um das 3,3fache.²² Diese Verschiebung schließt allerdings nicht aus, dass der Abstand etwa zwischen dem unteren und dem oberen Dezil größer geworden ist.

Verteilung des Nettogesamtvermögens

Die Ergebnisse des Statistischen Bundesamtes und der Deutschen Bundesbank zum Gesamtvermögen der privaten Haushalte weichen erheblich voneinander ab. Das Bruttovermögen je Haushalt gibt die Deutsche Bank um 44.000 Euro höher an als das Statistische Bundesamt, beim Nettovermögen beträgt die Differenz sogar 57.000 Euro (vgl. Tabelle 1).

Tab. 2: Vergleich der Ergebnisse von Statistischem Bundesamt und Deutscher Bundesbank

			Vermögen je Haushalt			
			Bruttovermögen		Nettovermögen	
			Mittelwert	Median	Mittelwert	Median
Statistisches Bundesamt	EVS 2018	Stichtag 1.1.2018	218.500 €	61.700 €	175.900 €	46.900 €
Deutsche Bundesbank	PHF 2017	2017	262.500 €	86.400 €	232.800 €	70.800 €

Eine Erklärung für die Unterschiede bzw. die höheren Werte der Bundesbank ergibt sich durch den erweiterten Vermögensbegriff (Sachvermögen, sächliches Betriebsvermögen). Das Betriebsvermögen wird in der PHF-Studie 2017 mit etwa 310.000 Euro für 10% aller Haushalte veranschlagt, die Fahrzeuge und Wertgegenstände mit rund 13.000 Euro für 78% aller Haushalte. Eine weitere Quelle für die Unterschiede könnte darin bestehen, dass die Stichprobe der PHF-Erhebung bewusst so gewählt wurde, »dass Haushalte aus reichen Gemeinden und vermögenden Straßenabschnitten stärker in der Stichprobe vertreten sind als sie in der Population vorkommen«²³ und dann auf eine repräsentative Zusammensetzung herunter gewichtet wurde. Bei der EVS-Stichprobe war dies nicht der Fall. Außerdem werden Haushalte mit einem Nettoeinkommen von 18.000 Euro und mehr nicht berücksichtigt, weil von einer systematischen Untererfassung bei der Datenerhebung ausgegangen wird. Eine dritte Quelle kann in der Bereitschaft zur Selbstauskunft liegen bzw. der Kenntnis der aktuellen Verkehrswerte von Immobilien, Wertpapieren und Versicherungen.

²² Der Gini-Koeffizient für die Vermögensungleichheit sank von 0,76 bei den Erhebungen 2010 und 2014 auf 0,74 in 2017, der Anteil der vermögendsten zehn Prozent am Gesamtvermögen sank von 60% in 2010 auf 55% in 2017. Deutsche Bundesbank 2019, S. 21, 24.

²³ Deutsche Bundesbank 2019, S. 17.

Daten zu den Vermögensverhältnissen von Arbeitern und Angestellten

Zur Entwicklung der Vermögensungleichheit

Die Vermögensungleichheit in Deutschland hat seit Ende der 1990er Jahre bis zur Finanzkrise 2008 stark zugenommen. Laut der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe besaß das oberste Zehntel der privaten Haushalte 1993 44,7% der privaten Nettovermögen und 1998 ebenfalls 44,7%. 2008 war der Anteil des obersten Zehntels der Haushalte auf 53% gestiegen und der Gini-Koeffizient der Ungleichheit von 0,67 auf 0,748. Bis 2018 ging der Anteil auf 50,9% zurück, der Ungleichheitskoeffizient sank auf 0,723. Ähnlich verhielt es sich bei der Verteilung des vom DIW ermittelten individuellen Nettovermögens. Das oberste Zehntel besaß 2002: 55,7% der Nettovermögen und 2007 dann 61,8%. Die Verluste der Finanzkrise schlugen sich 2012 in einem auf 58,8% gesunkenen Anteil nieder, 2017 waren es wieder 59,2%.²⁴ Hinsichtlich der absoluten Höhe der Nettovermögen kommt das DIW zu diesem Urteil:

*Vergleicht man die beiden Zeitpunkte 2012 und 2017 miteinander, so hat sich in den beiden unteren Einkommensdezilen das bereits vergleichsweise geringe Nettovermögen dieser Personen um nominal 3 500 bis etwa 5 000 Euro reduziert. Ab dem dritten Einkommensdezil zeigen sich nennenswerte Zuwächse, die aber je nach Position unterschiedlich stark ausfallen.*²⁵

Die Zuwächse führen beim Haushaltsnettovermögen nicht zu einem größeren Anteil der unteren Dezile am Gesamtvermögen, im Gegenteil. Erst ab dem sechsten Einkommensdezil liegt der Anteil bei der Erhebung zum 1.1.2018 wieder über dem Anteil zehn Jahre zuvor. Bei der Verteilung auf Personen (SOEP) zeigt sich im Vergleich von 2007 und 2017 das gleiche Bild. Die Anteile der oberen Mitte, des 6.-9. Dezils steigen zu Lasten des Anteils des obersten Dezils und der unteren Hälfte (vgl. Schaubilder im Anhang).

Das Fazit der Deutschen Bundesbank (PHF-Erhebung) fällt ähnlich differenziert aus:

*Die Ergebnisse für das Jahr 2017 zeigen, dass die Vermögen der privaten Haushalte zwischen 2014 und 2017 auf breiter Basis zunahmen. Sowohl das durchschnittliche Nettovermögen als auch der Median sind deutlich angestiegen. Insbesondere die Nettovermögen von Immobilieneigentümern haben sich in Folge der gestiegenen Immobilienpreise erhöht. Aber auch die Vermögen vieler Mieterhaushalte und von Haushalten in der vermögensärmeren Hälfte der Verteilung sind angestiegen. Zur positiven Vermögensentwicklung dieser Haushalte tragen insbesondere die gestiegenen Einkommen bei. Sie versetzen diese Haushalte in die Lage, mehr zu sparen und verringern die Notwendigkeit, neue Konsumentenkredite aufzunehmen. Zwar gingen gegenüber der letzten Erhebung einige Kennziffern für die Ungleichheit der Vermögensverteilung leicht zurück, insgesamt lässt sich im Vergleich zu den bisherigen Befragungen aber kein eindeutiger Trend erkennen.*²⁶

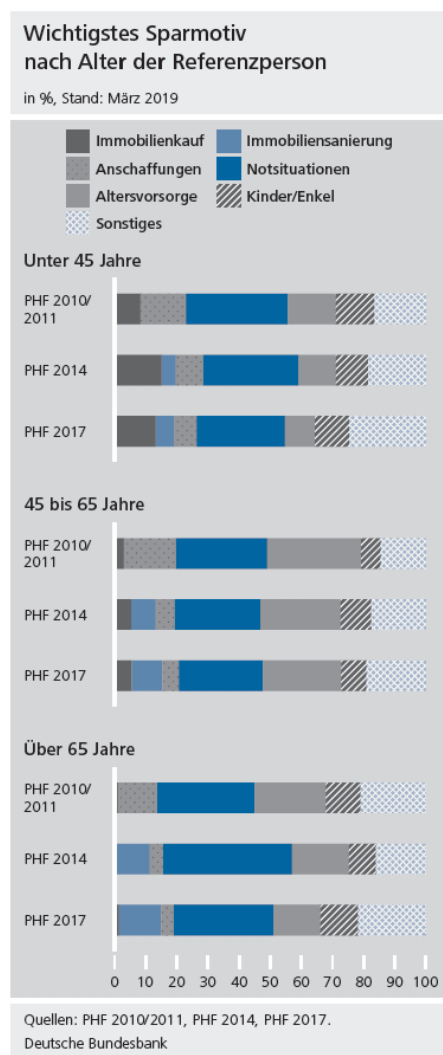
Die obersten zehn Prozent der Haushalte verfügten 2017 über ein Nettovermögen von über 555.400 Euro. Diese untere Grenze lag um 87.400 Euro über derjenigen von 2014 (plus 18,7%). Das Median-Nettovermögen stieg in den drei Jahren nur um 16,9% (vgl. Schaubild 3 im Anhang).

Die wichtigsten **Sparmotive** verteilt über alle Haushalte, also nicht zwingend identisch mit den Anlagemotiven der vermögendsten Haushalte, sind die Vorsorge für Notsituationen und der Immobilienerwerb bzw. Immobilienmodernisierung. Eine geringere Rolle spielt die Altersvorsorge (PHF-Erhebung der Deutschen Bundesbank). Aber auch im Alter wird weiter angespart – mögliche Motive: Unsicherheit über die

24 Daten nach Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, abgerufen am 15.01.2019: <https://www.armuts-und-reichtumsbericht.de/DE/Indikatoren/Gesellschaft/Vermögensverteilung/G02-Indikator-Vermögensverwaltung.html;jsessionid=63BE184D1F521D491A7C42DB084E4189>

25 Markus M. Grabka/Christoph Halbmeier: Vermögensungleichheit in Deutschland bleibt trotz deutlich steigender Nettovermögen anhaltend hoch; in: DIW-Wochenbericht Nr. 40/2019, S. 736-746, S. 741.

26 Deutsche Bundesbank 2019



weitere Lebenszeit, über eventuelle Pflegebedürftigkeit oder als Vorsorge für die Kinder/Enkel.

Diese Motive weisen daraufhin, dass für den einzelnen auch kleine Vermögen oder Sparkonten eine große Bedeutung für die Selbstwahrnehmung haben bzw. haben könnten. Bereits 50 Euro im Monat, die man für den Enkel zurücklegen kann, können einen Unterschied in der Selbstwahrnehmung machen. Mehr noch gilt dies für Rücklagen, die man für „Notsituationen“ angespart hat. Ihre psychologische Bedeutung steht im umgekehrt proportionalen Verhältnis zum Einkommen. Gleichzeitig bilden sich „Vermögen“, bestimmt für Anschaffungen und für die „Wechselfälle des Lebens“ eine Grenze der sozialen Distinktion nach unten: Man kann „sich etwas leisten“ („etwas vermögen“) und entfernt sich ökonomisch und sozial von einer proletarischen Lebenslage.

Versteht man Sparen, Vermögensbildung und -aufbau aus der Perspektive der „einfachen Leute“²⁷ als eine auf Vorsorge gerichtete Handlungsorientierung, mit der ein individueller finanzieller Schutzpuffer gegen die Wechselfälle der Lohnarbeit bzw. der Abhängigkeit von Lohnarbeit verbunden wird, lassen sich mehrere Unterscheidungen treffen, die auf verschiedene Motivlagen und Handlungsorientierungen innerhalb der Vermögensungleichheit zielen:

- ◆ zwischen denen, die von ihrem Einkommen nichts zurücklegen können, und denen, die mehr oder weniger regelmäßig Vermögen bilden;
- ◆ zwischen denen, die nur über ein relativ geringes Geldvermögen verfügen und denen, die eine Wohnimmobilie besitzen;
- ◆ zwischen denen, die als Lohnabhängige direkt (Anteile)

oder indirekt (betriebliche Altersvorsorge) am wirtschaftlichen Werdegang ihres Betriebes beteiligt sind, und denen, die diese zusätzliche Bindung nicht haben;

- ◆ zwischen denen, die etwas zu vererben und zu erben haben, und denen, für ein Erbe kaum eine (finanzielle) Bedeutung hat;
- ◆ zwischen denen, die Sparen und Vorsorge treffen, und denen, die ihr „Geld für sich arbeiten lassen“;
- ◆ zwischen denen, für die Vermögenseinkommen ein Nebeneinkommen darstellen, und denen, für die Einkommen aus Vermögen die Haupteinnahmequelle sind.

Verteilung der Vermögensarten auf die privaten Haushalte

Mit der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2018 (EVS 2018) wurden repräsentative Daten für knapp 40,6 Millionen Haushalte in Deutschland erfasst. Etwa 37,5 Mio. Haushalte (92,4%) machten Angaben zu ihrem Vermögen und seiner Höhe, so dass ein Nettogesamtvermögen ermittelt werden konnte. Bruttovermögen. In den alten Bundesländern ohne Berlin (ABL) waren es 93,0%, in den neuen Bundesländern und Berlin (NBL) 90,2% aller Haushalte.²⁸ Entsprechend ist für 7% der Haushalte im Westen und knapp 10% der Haushalte im Osten der Republik unklar, ob sie tatsächlich über kein Vermögen

27 Vgl. zum Begriff der »einfachen Leute« bzw. der »arbeitenden Klassen« (im Sinne des englischen »working classes«) Robert Misik: Die falschen Freunde der einfachen Leute, Berlin 2019

28 In der EVS 2018 wird Berlin erstmals zu den neuen Bundesländern gezählt. Dadurch ist die Vergleichbarkeit der Daten vor allem für die neuen Länder mit früheren Erhebungen eingeschränkt.

verfügen oder nicht bereit waren, Angaben darüber zu machen. Immerhin ergibt sich, dass unter den Haushalten, die Angaben zur Höhe ihrer Vermögensverhältnisse 3,5% über ein negatives Vermögen verfügten, 3,4% in den ABL und 3,9% in den NBL. Wenn im weiteren Verlauf die Verteilung des Vermögens nach sozialen Merkmalen der Haushalte betrachtet wird, so ist jeweils zu bedenken, dass je nach Region 10-15% der Haushalte über kein positives Vermögen verfügen (bzw. keine Angaben machten).

Tabelle 3: Vermögensarten der privaten Haushalte

Verteilung der Vermögensarten auf private Haushalte (EVS 2018)

	Haushalte insgesamt			mit Angaben zur Höhe		
	D	ABL	NBL	D	ABL	NBL
Haushalte (in 1000)	40.596	32.193	8.403			
mit Angaben zur Höhe des Nettogesamtvermögens	92,4%	93,0%	90,2%	37.528	29.951	7.576
Zusammensetzung des Nettogesamtvermögens						
Immobilienbesitz	46,0%	48,4%	37,0%	49,8%	52,0%	41,1%
Hypothekenrestschulden	23,2%	25,1%	15,9%	25,1%	27,0%	17,6%
Angaben zur Höhe des Bruttogeldvermögens	86,7%	87,4%	83,9%	93,8%	93,9%	93,1%
Sparguthaben	53,0%	55,5%	43,3%	57,3%	59,6%	48,1%
Tagesgeldguthaben	40,6%	41,7%	36,3%	43,9%	44,8%	40,2%
sonstige Anlagen bei Banken/Sparkassen	19,6%	20,1%	17,6%	21,2%	21,6%	19,5%
Lebensversicherungen u. Ähnliches	46,6%	46,2%	47,9%	50,4%	49,7%	53,1%
Bausparguthaben	36,0%	37,6%	29,9%	39,0%	40,4%	33,2%
an Privatpersonen verliehenes Geld	10,5%	10,8%	9,6%	11,4%	11,6%	10,6%
Wertpapiere	29,4%	30,8%	24,0%	31,8%	33,1%	26,6%
Konsumentenkreditrestschulden	21,0%	20,6%	22,6%	22,7%	22,1%	25,0%
Ausbildungskreditrestschulden	6,6%	6,7%	6,0%	7,1%	7,2%	6,6%
nachrichtlich:						
Haushalte mit Schulden	47,0%	48,6%	41,2%	50,9%	52,2%	45,7%
Haushalte mit negativem Vermögen	3,5%	3,4%	3,9%	3,8%	3,6%	4,3%

Quelle: Destatis, EVS 2018; eigene Berechnungen.

46% aller Haushalte verfügen über Immobilienbesitz (bebaute und unbebaute Grundstücke, Wohnungen). In den NBL sind es mit 37% deutlich weniger (was z.T. ein statistischer Effekt durch das höhere Gewicht der „Mieterstadt“ Berlin ist). Auf etwa der Hälfte der Immobilien lastet keine Hypothekenschuld.

Knapp die Hälfte der Haushalte verfügt über Lebensversicherungen, Ost-West-Unterschiede fallen hier kaum ins Gewicht. Anders bei den Sparguthaben (ABL: 55,5%, NBL 43,3% aller Haushalte), den Bausparguthaben und den Tagesgeldkonten sowie den Wertpapieren.

Etwa die Hälfte der Haushalt im Westen hat Schulden, aber nur 41% im Osten. Im Osten gibt es weniger Immobilienbesitz mit Hypothekenrestschulden (einschließlich eines höheren Anteils schuldenfreier Immobilien) und weniger Haushalte mit Ausbildungskrediten, aber einen mehr Konsumentenkreditrestschulden.

Gegenüber den Ergebnissen der EVS 2008 lag der Anteil der Haushalte mit Immobiliensitz um gut 5% höher (laut Statistik ein Anstieg um gut 2,5 Mio. Haushalte binnen 10 Jahren). Die Zahl der Haushalte, die Angaben zu Hypothekenrestschulden machten, ist im gleichen Zeitraum absolut gesunken (-2,5%). Danach hätte der schuldenfreie Grund-, Haus- und Wohnungsbesitz deutlich zugenommen. Der Anteil der Haushalte mit Konsumentenkreditrestschulden stieg in den zehn Jahren leicht von 19,3% auf 21%, der Anteil der Haushalte mit Ausbildungskreditrestschulden an allen Haushalten stieg von 4,2% auf 6,6%.

Immobilienbesitz

Nach der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2018 verfügten 47,5% der Haushalte über Haus- und Grundbesitz. Der durchschnittliche Verkehrswert wurde mit 243.900 Euro angegeben, wobei der Unterschied zwischen den alten Bundesländern mit 264.500 Euro je Immobilie und den neuen Bundesländern einschließlich Berlin mit 138.500 Euro erheblich ist.

Laut EVS wohnten 42,2% der privaten Haushalte in selbstgenutztem Wohneigentum, 57,8% in einer Mietwohnung. 8,7% der Mieterhaushalte besaßen eine Immobilie. Sie stellten damit 11% aller Haushalte mit Immobilienbesitz. Diese Angaben sind bedingt vergleichbar mit den Erhebungen der Deutschen Bundesbank. Danach wohnten 44% der Haushalte in selbstgenutztem Wohneigentum (Ost: 34%, West: 47%) und 22% (Ost: 14%, West: 25%) besaßen (weitere) sonstige Immobilien, also unbebaute Grundstücke, Mietshäuser oder andere Gebäude. Wie viele Haushalte nur sonstige Immobilien besaßen und zur Miete wohnten, geht aus den Angaben nicht hervor. Die Angaben zum Anteil der Haushalte mit Hypothekenrestschulden liegen in beiden Erhebungen bei etwa 20% und weichen lediglich um zwei Prozentpunkte voneinander ab.

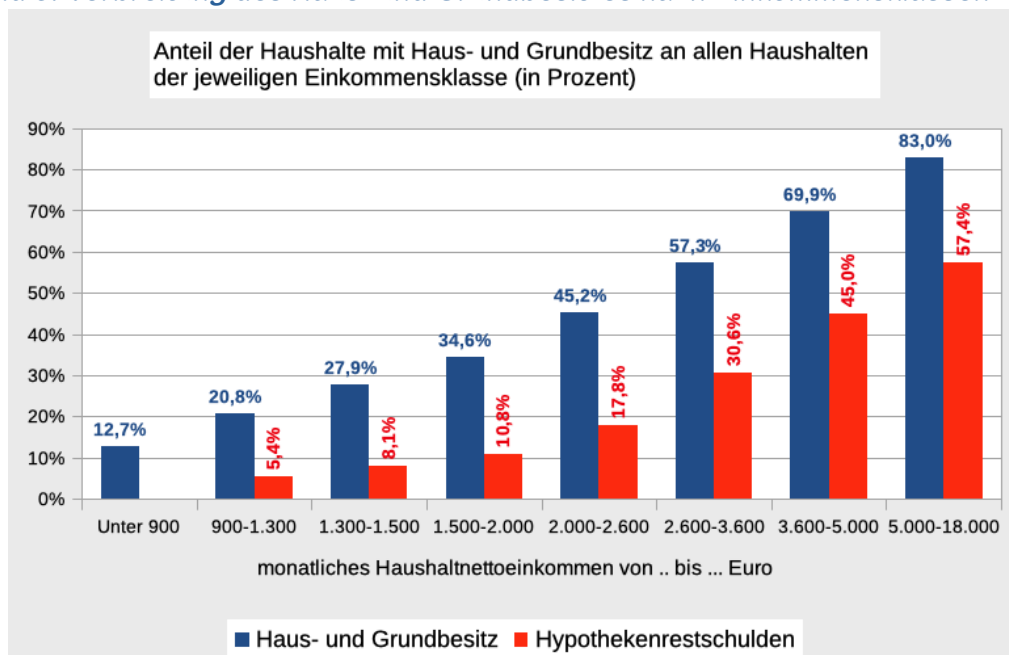
Der Haus- und Grundbesitz ist überproportional in den oberen Einkommensklassen vertreten. Knapp 10% der Haushalte verfügen über ein monatliches Nettoeinkommen von 5.000 bis 18.000 Euro, aber 17,9% der Haus- und Grundbesitzer zählen zu dieser Einkommensklasse. Noch in der Einkommensklasse von 2.600 bis 3.600 Haushaltsnetto liegt der Anteil der Haus- und Grundbesitzer mit 21,3% über ihrem Anteil an allen privaten Haushalten (17,1%). G

Ausschlaggebend für die schiefe Verteilung sind neben der Höhe des monatlichen Haushaltsnettoeinkommens – nicht: Haushaltsäquivalenzeinkommen – ein überproportionaler Anteil von alleinstehenden jüngeren und älteren Personen in den unteren Einkommensklassen. Der höhere Anteil von Ruheständler-Haushalten ist auch ein wichtiger Grund für den überproportionalen Anteil schuldenfreier Immobilien in den Einkommensklassen unter 2.600 Euro. 65,1% der privaten Haushalte verfügten über ein monatliches Haushaltsnettoeinkommen von unter 2.600 Euro, aber nur 42,8% über Haus- und Grundbesitz. Besonders groß ist die Diskrepanz in Haushalten mit einem Einkommen von unter 1.300 Euro, überwiegend Haushalte von alleinstehenden Personen. Sie machen 20,9% aller Haushalte und nur 8% der Haus- und Grundbesitzer aus. (vgl. Anhang Schaubild 4)

In den Einkommensklassen bis 2.000 Euro im Monat ist der Haus- und Grundbesitz unterdurchschnittlich verbreitet. Nur ein Viertel der Haushalte mit einem monatlichen Nettoeinkommen unter 2.000 Euro verfügt über eine Immobilie. Ab einem Haushaltseinkommen über 2.600 Euro ist der Haus- und Grundbesitz überdurchschnittlich verbreitet. In der Einkommensklasse von 5.000-18.000 Euro verfügen 83% der Haushalte über mindestens eine Immobilie. (vgl. Schaubild 5)

Der durchschnittliche Verkehrswert von gut 17 Mio. Immobilien, für die bei der EVS Angaben zur Höhe gemacht wurden (für 2 Mio. wurden keine Angaben zur Höhe des Verkehrswertes gemacht), beträgt 243.900 Euro. Der Durchschnittswert der Immobilien in den Einkommensklassen bis 2.600 Euro je Haushalt im Monat liegt deutlich unter diesem Wert, in der Einkommensklasse von 2.600 bis 3.600 Euro monatlichem Haushaltsnettoeinkommen liegt der durchschnittliche Verkehrswert noch leicht unter dem allgemeinen Durchschnitt. In der Einkommensklasse ab 5.000 Euro liegt er mit 457.400 Euro deutlich höher. (vgl. Schaubilder 6,7).

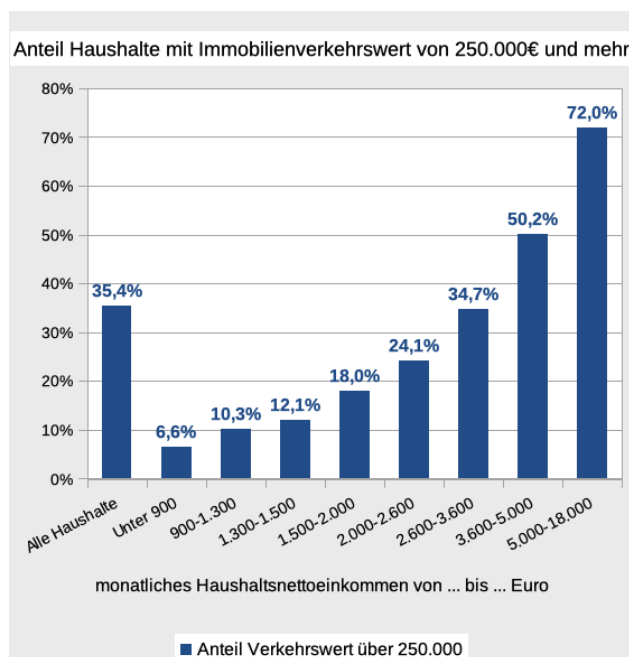
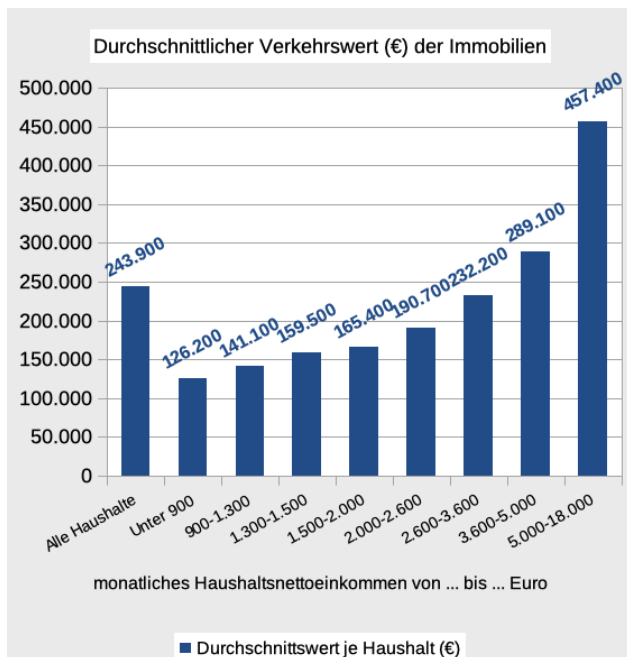
Schaubild 5: Verbreitung des Haus- und Grundbesitzes nach Einkommensklassen



Quelle: EVS 2018, eigene Berechnungen.

Schaubild 6: Durchschnittlicher Verkehrswert des Haus- und Grundbesitzes nach Einkommensklassen

Schaubild 7: Anteil der Haushalte in den Einkommensklassen mit Immobilienverkehrswert von 250.000 Euro und mehr



Quelle: Destatis, EVS 2018.

Betrachtet man den Anteil, den Haus- und Grundbesitz mit einem überdurchschnittlichen Verkehrswert am Haus- und Grundbesitz in den jeweiligen Einkommensklassen des Haushaltsnettoeinkommens ausmacht, so verschärft sich das Bild der Ungleichverteilung nochmals. Nur 35,4% aller Haushalt haben Immobilien mit einem Verkehrswert von mehr als 250.000 Euro, also mit einem überdurchschnittlichem Verkehrswert. Dieser Durchschnittswert wird erstmals in der Einkommensklasse von 2.600 bis 3.600

Euro im Monat mit 34,7% erreicht. In den höheren Einkommensklassen liegt der Anteil überdurchschnittlicher Verkehrswerte deutlich höher, in den unteren deutlich niedriger.

Jeweils ein gutes Viertel der Häuser und Grundstücke mit einem Verkehrswert über 250.000 Euro entfällt auf die beiden oberen Einkommensklassen ab 3.600 Euro. Auf die Einkommensklasse von 2.600 bis 3.600 Euro kommen weitere knapp 23%. Das verbleibende Viertel teilen sich die Einkommensklassen unter 2.600 monatlichem Haushaltsnettoeinkommen. Die drei unteren Einkommensklassen verfügen über 4,2% der Immobilien mit einem überdurchschnittlichen Verkehrswert und über über 19,2% der Häuser und Grundstücke mit einem unterdurchschnittlichen Verkehrswert. (Vgl. zur Verteilung auch Anhang, Schaubild 8).

Die Verteilung des Haus- und Grundbesitzes nach Einkommensklassen zeigt, dass der Anteil der Eigentümer mit wachsendem Haushaltseinkommen zunimmt. Immerhin jeder achte Haushalt mit einem Einkommen von bis zu 900 Euro besitzt eine Immobilie. Ab einem Haushaltseinkommen von etwa 2.600 Euro netto im Monat besitzt die Mehrheit der Haushalte eine Immobilie.

Da die EVS 2018 bei den Arbeitnehmern nicht mehr zwischen Arbeitern und Angestellten unterscheidet und auch keine Verteilung von Haus- und Grundbesitz nach Berufsqualifikation ausweist, kann keine Beziehung zwischen Haushaltseinkommen und sozialer Stellung hergestellt, sondern nur vermutet werden. Die Erhebung der Deutschen Bundesbank zu den Vermögensverhältnissen erhebt die soziale Stellung differenzierter, enthält keine Angaben zu den Einkommensverhältnissen von Arbeiter- oder Selbstständigen-Haushalten.

Tabelle 4: Immobilienbesitz nach jährlichem Haushaltsnettoeinkommen

Häufigkeit des Immobilienbesitzes der privaten Haushalte in Quantilen des jährlichen Nettoeinkommens			
Quantile	Mittelwert jährl. Nettoeinkommen	Selbstgenutztes Wohneigentum	Sonstige Immobilien
0 – 20%	14.700 €	16%	6%
20 – 40%	23.600 €	35%	18%
40 – 60%	32.800 €	43%	20%
60 – 80%	38.100 €	56%	24%
80 – 90%	57.300 €	66%	35%
90 – 100%	92.000 €	74%	52%

Quelle: Deutsche Bundesbank 2019; PHF 2017

Die PHF-Erhebung der Deutschen Bundesbank ermittelte für 2017, dass 44% der privaten Haushalte über selbstgenutztes Wohneigentum verfügten. 22% besaßen sonstige Immobilien: unbebaute Grundstücke, Gebäude, vermietete Wohnhäuser. Wie groß die Überschneidungen zwischen beiden Gruppen sind, lässt sich nicht eindeutig aus den veröffentlichten Zahlen entnehmen. Die Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland entsprechen weitgehend denen in der EVS. Im Osten ist der Immobilienbesitz weniger verbreitet, und ihr durchschnittlicher Wert deutlich niedriger. Die Differenzierung Westdeutschlands in drei Regionen zeigt auch hier deutliche Wertunterschiede insbesondere für die Region 3: Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland. (Vgl. Anhang, Tabelle 5)

Die Haushalte von Selbstständigen, Beamten und Pensionären leben mehrheitlich in selbstgenutztem Wohneigentum und verfügen am häufigsten über „sonstige Immobilien“. Ihre Immobilien haben auch den höchsten Durchschnittswert und der mittlere Wert (Median) ist ebenfalls der höchste, und zwar sowohl beim selbstgenutzten Wohneigentum als auch bei den sonstigen Immobilien. Abgesehen von den Haushalten, deren Referenzperson arbeitslos ist, haben Arbeiter-Haushalte mit 40% den niedrigsten Eigentümer-Anteil, allerdings ist er nicht so niedrig, dass die soziale Stellung „Arbeiter“ beim Wohneigentum einen wesentlichen Unterschied machen würde. Dieser findet sich eher beim Wert der Immobilie. Der Wert des Immobilieneigentums von Arbeiterhaushalten liegt deutlich unter dem Durchschnittswert aller Immobilien und bei etwa zwei Dritteln des Durchschnittswertes der Immobilien von Beamten-Haushalten.

Bemerkenswert ist, dass selbstgenutztes Wohneigentum wie auch sonstige Immobilien am häufigsten vorhanden sind in Haushalten, deren Haupteinkommensbezieher(in) weder eine klassische betriebliche Ausbildung durchlaufen noch einen akademischen Abschluss erworben hat, sondern einen beruflichen Fachschulabschluss besitzt.

Sparguthaben, Bausparverträge und Versicherungen

Die Erhebungen des Statistischen Bundesamtes zum Geldvermögen der privaten Haushalte beruhen auf Selbstauskünften. Gut 87% der Haushalte machten Angaben zum Geldvermögen (vgl. Tabelle 6). Daraus kann allerdings nicht geschlossen werden, dass knapp 13% der Haushalte über kein Geldvermögen verfügten. Denn es ist höchst unwahrscheinlich, dass 1,4% der Haushalte mit einem monatlichen Nettoeinkommen zwischen 5.000 und 18.000 Euro weder über eine kapitalbildende Lebensversicherung noch über ein Sparguthaben verfügten. Ebenso kann davon ausgegangen werden, dass unter den Haushalten mit niedrigem Nettoeinkommen Haushalte zu finden sind, die ein vorhandenes kleines Sparguthaben oder eine Lebensversicherung bei der Befragung nicht angeben, weil sie nachteilige Folgen einer Überprüfung fürchten, so dass auch der Schluss unzutreffend ist, dass 25% der Haushalte mit einem monatlichen Nettoeinkommen von 900 bis 1.300 Euro über keinerlei Geldvermögen im Sinne der Statistik verfügen. In den unteren Einkommensgruppen ist der Anteil derjenigen, die keine Angabe zur Höhe des Vermögens machen, mit rund 2% etwa doppelt so hoch wie in den oberen Einkommensgruppen, eine Differenz, die auch auf eine höhere Skepsis in der Auskunftsbereitschaft schließen lässt.

Die Häufigkeit von Angaben zum Bruttogeldvermögen und einzelnen Vermögensarten unterscheidet sich zwischen den alten und den neuen Bundesländern kaum. Im Westen machten 87% der Haushalte Angaben zur Vermögenshöhe, im Osten 84%. Bei der Häufigkeit der einzelnen Vermögensarten sind die prozentualen Unterschiede jeweils nochmals deutlich geringer als 3 Prozentpunkte.

Oben angeführte Einschränkungen bedenkend, zeichnen die Angaben für die einzelnen Einkommensklassen das zu erwartende Bild: je höher das monatliche Haushaltsnettoeinkommen, desto größer der Anteil der Haushalte mit Geldvermögensbeständen. 85,9% aller privaten Haushalte machten Angaben zur Höhe ihres Geldvermögens, dieser Durchschnittswert liegt in der Einkommensgruppe 1.500-2.000 Euro. Bei den Sparguthaben als der verbreitetsten Form von Geldvermögen – 52,5% aller Haushalte machten Angaben zur Höhe – liegt der Durchschnitt der Haushalte ebenfalls in dieser Einkommensgruppe. Bei den Tagesgeldguthaben, Bausparguthaben und sonstigen Geldanlagen liegt der durchschnittliche Verbreitungsgrad eine Einkommensklasse höher, bei den Lebensversicherungen am oberen Rand dieser Einkommensklasse von 2.000-2.600 Euro.

Tabelle 6: Verteilung des Bruttogeldvermögens (ohne Wertpapiere) nach Haushaltsnettoeinkommen

Übersicht Geldvermögen ohne Wertpapiere nach monatlichem Haushaltsnettoeinkommen									
	Haushalte insgesamt	Haushalte mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von ... bis unter ... EUR							
		Unter 900	900-1.300	1.300-1.500	1.500-2.000	2.000-2.600	2.600-3.600	3.600-5.000	5.000-18.000
Haushalte insgesamt (in 1000)	40.956	3.436	5.064	2.658	6.307	6.321	6.945	5.689	4.033
Haushalte mit Angaben zum Bruttogeldvermögen	87,3%	61,0%	74,9%	82,1%	89,1%	91,9%	95,2%	97,4%	98,6%
Haushalte mit Angaben zur Höhe der Vermögensart	85,9%	58,8%	72,9%	79,6%	87,5%	90,6%	94,1%	96,6%	98,0%
Lebensversicherungen u.Ä.	46,2%	16,2%	27,5%	31,0%	38,6%	45,8%	55,5%	67,6%	74,6%
an Privatpersonen verliehenes Geld	10,4%	9,0%	9,4%	10,0%	11,3%	11,0%	10,2%	10,7%	12,2%
Bausparguthaben	35,7%	10,6%	16,8%	23,3%	30,9%	36,6%	47,2%	54,5%	51,3%
Sparguthaben	52,5%	33,8%	42,4%	47,0%	53,3%	55,9%	58,9%	61,4%	58,7%
Tagesgeldguthaben	40,2%	15,4%	22,8%	29,2%	35,0%	41,2%	47,2%	56,4%	65,7%
sonstige Anlagen bei Banken/Sparkassen	19,4%	8,1%	10,8%	14,6%	17,5%	20,5%	22,4%	26,4%	30,9%

Quelle: Destatis, EVS 2018; eigene Berechnungen

Lässt man die untere Einkommensgruppe wegen des vermuteten hohen Anteils Alleinstehender junger und alter Personen außer Betracht, so ergibt sich zwischen der Einkommensklasse von 900-1.300 Euro und der obersten Einkommensgruppe als grobes Verteilungsmuster: alle Geldvermögensarten sind in der obersten Klasse etwa dreimal so häufig vertreten, abgesehen von den Sparguthaben. Diese wiederum sind „unten“ die häufigste Geldvermögensart, während in den höchsten Einkommensklassen Lebensversicherungen (und Tagesgeldkonten) dominieren.

Etwa 28% aller Haushalte haben ein monatliches Nettoeinkommen von unter 1.500 Euro. Auf diese Einkommensklassen entfallen mit 15% aller Lebensversicherungen und 12% aller Bausparverträge nur un-

terdurchschnittliche Anteile der längerfristig orientierten Geldanlagen. Erst auf die Haushalte mit einem Einkommen von über 3.600 Euro, die etwa 24% aller Haushalte ausmachen, entfallen deutlich überdurchschnittliche Anteile an allen Lebensversicherungen (37%) und aller Bausparverträge (36%). Einkommensungleichheit wächst sich aus in Vermögensungleichheit – trotz aller staatlichen Förderung und noch vor der Verteilung des Geldvermögensvolumens aus die Einkommensklassen (vgl. zur Verteilung auch Schaubild 9 im Anhang).

Die Erhebung der Deutschen Bundesbank zum Finanzvermögen der privaten Haushalte (PHF) arbeitet mit einer anderen Systematik des Geldvermögens, kommt aber zu strukturell vergleichbaren Ergebnissen (Tabelle 7). Bemerkenswert sind ebenfalls Unterschiede in der regionalen Verteilung. Die Unterschiede zwischen dem „reichen“ Süden und dem „armen“ Westen in der alten Bundesrepublik sind hinsichtlich der Verbreitung mancher Vermögensart größer als die zwischen dem Durchschnitt „West“ und dem Durchschnitt „Ost“.

In Arbeiter-Haushalten ist Geldvermögen mit 64% aller Haushalte weniger verbreitet als in Angestellten-, Beamten- oder Selbstständigen-Haushalten. Immerhin 37% der Arbeiterhaushalte besitzen Bausparverträge, 52% betreiben private Altersvorsorge, darunter 28% mit einem Riester-/Rürup-Produkt. Allerdings sind diese Anteile bei anderen Statusgruppen zum deutlich höher, so dass eine fortgesetzte und verschärfte Einkommens- und Vermögensungleichheit im Alter vorprogrammiert ist. Die staatliche Förderung der privaten Altersvorsorge erscheint in der Erhebung zudem als eine Subvention vor allem für Beamten-Haushalte.²⁹

Tabelle 7: Übersicht zur Häufigkeit von Bruttogeldvermögen (ohne Wertpapiere) nach sozialen Merkmalen

Übersicht Häufigkeit von Bruttogeldvermögen nach sozialen Merkmalen					
	Sparkonten	dar. Bausparverträge	Priv. Altersvorsorge	dar. Riester/Rürup	Sonstiges Finanzvermögen
Alle Haushalte	70%	31%	43%	21%	15%
Region					
Region Ost	61%	24%	37%	20%	12%
Region West	72%	33%	45%	21%	16%
Region 1	71%	28%	42%	20%	18%
Region 2	76%	39%	48%	23%	20%
Region 3	67%	28%	42%	19%	11%
Soziale Stellung der Referenzperson					
Selbstständige	60%	23%	57%	22%	26%
Beamte	86%	53%	71%	42%	20%
Angestellte	77%	40%	61%	32%	15%
Arbeiter	64%	37%	52%	28%	9%
Arbeitslose	27%	9%	29%	14%	-
Nichterwerbstätige	67%	23%	19%	5%	16%
Rentner	71%	23%	15%	2%	17%
Pensionäre	79%	27%	24%	6%	20%
Berufliche Qualifikation der Referenzperson					
ohne beruflichen Abschluss	50%	14%	23%	10%	7%
Beruflich-betrieblicher Abschluss	69%	33%	44%	20%	15%
Fachschulabschluss	79%	40%	45%	21%	21%
Fachhochschulabschluss	78%	37%	54%	28%	20%
Hochschulabschluss	78%	34%	54%	26%	19%

Deutsche Bundesbank 2019, PHF 2017; Erläuterungen siehe Tabelle 5.

²⁹ Beachtenswert ist ein weiterer Aspekt, der in der Systematik von EVS und PHF, aber auch beim Deutschen Aktieninstitut so nicht erkennbar ist: Nach OECD-Angaben vervierfachten sich in Deutschland in den letzten zwanzig Jahren die Anlagen in privaten Pensionsfonds.

Betrachtet man die Verteilung nach der beruflichen Qualifikation, so fällt auf, dass alle Arten des Geldvermögens in Haushalten von Referenzpersonen mit einer klassischen Fachqualifikation unterdurchschnittlich verbreitet sind.

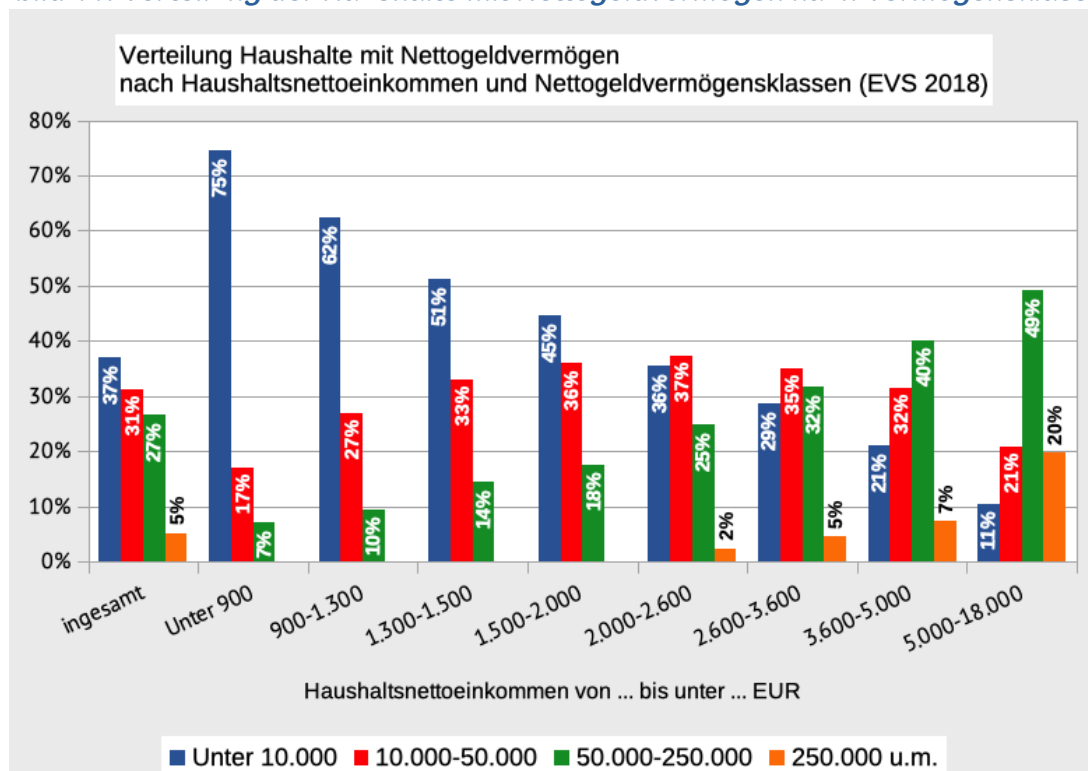
Bis zu einem Haushaltsnettoeinkommen von 2.000 Euro im Monat sind die Unterschiede in der Höhe der Sparguthaben, Lebensversicherungen, Bausparverträge und Tagesgeldkonten relativ klein. Ab dieser Grenze werden sie mit wachsendem Einkommen ständig größer, insbesondere die Höhe der Lebensversicherungen und der Tagesgeldkonten (Anhang Schaubild 10).

Kreditrestschulden (ohne Hypotheken)

Knapp 21% aller privaten Haushalte machte bei der EVS Angaben zur Höhe von Konsumentenkreditschulden. Die durchschnittliche Höhe der Restschuld lag bei 11.200 Euro. Bei einem Haushaltseinkommen von unter 2.000 Euro wurden Konsumentenkredite unterdurchschnittlich häufig angegeben und ihre Höhe war mit 5.800 bis 8.700 Euro je Einkommensklasse unterdurchschnittlich, aber überdurchschnittlich gemessen am Guthaben auf Spar- und Tagesgeldkonten. Ab einem Haushaltseinkommen von 2.600 Euro waren Konsumentenkredite mit 27% aller Haushalte stark überdurchschnittlich vertreten, ab 3.600 Euro Haushaltseinkommen lag auch die durchschnittliche Höhe mit 14.400 bzw. 18.200 Euro über dem Durchschnitt.

Angaben zur Höhe von Ausbildungskreditrestschulden machten 6,5% aller Haushalte. In der untersten Einkommensklasse (unter 900 Euro) waren sie besonders häufig vertreten (8,3%), in den anderen Einkommensklassen schwankten sie zwischen 4,9% in der obersten Einkommensklasse und 5,6% bei einem Haushaltsnettoeinkommen von 1.300 bis 1.500 Euro. In dieser Einkommensklasse war die Restschuld mit 10.300 Euro auch die höchste nach der obersten Einkommensklasse mit einer durchschnittlichen Restschuld von 11.100 Euro (allgemeiner Durchschnitt: 9.400 Euro).

Schaubild 11: Verteilung der Haushalte mit Nettogeldvermögen nach Vermögensklassen



Nettogeldvermögen

Für 37% aller Haushalte, die bei der EVS Angaben zur Höhe machten, lag die Höhe ihres Nettogeldvermögens unter 10.000 Euro, bei 31% lag es zwischen 10.000 und 50.000 Euro. Ein Nettogeldvermögen in einer Höhe zwischen 50.000 und 250.000 Euro besaßen 27% der Haushalte mit Vermögensangaben und gut 5% nannten ein höheres Vermögen ihr eigen. In den einzelnen Einkommensklassen sieht die Verteilung selbstredend vollkommen anders als im Durchschnitt (siehe Schaubild 12 im Anhang).

Betriebsvermögen und Wertpapiere

Angaben zur Verbreitung und zur Höhe von Wertpapierbesitz und direkten Beteiligungen am Betriebsvermögen bzw. Unternehmensbesitz können wie zuvor der Einkommens- und Verbrauchstichprobe EVS des Statistischen Bundesamtes, der Erhebung der Deutschen Bundesbank sowie der jährlichen Erhebung des Deutschen Aktieninstitutes DAI entnommen werden.

Betriebsvermögen

Betriebsvermögen, also unmittelbarer Unternehmensbesitz bzw. entsprechende Anteile eines Haushaltes, wird in der EVS nicht gesondert erfragt, aber in der PHF-Erhebung der Deutschen Bundesbank. Der Anteil der Haushalte mit Unternehmensbesitz hat sich zwischen den Erhebungsjahren 2011, 2014 und 2017 nicht verändert und liegt bei zehn Prozent. Die Erfassung von Haushalten mit einem sehr großen Betriebsvermögen erwies sich als besonderes Problem. Trotz dieser Untererfassung lautet das Fazit der Bundesbank:

Betriebsvermögen ist ebenso wie Aktienvermögen bei den vermögenden Haushalten im oberen Teil der Verteilung konzentriert und eine der am ungleichsten verteilten Vermögensarten. (...) Selbst wenn nur die Besitzer von Unternehmen berücksichtigt werden, liegt der Gini-Koeffizient bei etwa 85%.³⁰

Tabelle 8: Unternehmensbesitz – Häufigkeit und Höhe

Häufigkeit und Höhe des Betriebsvermögens nach Eigenschaften des Haushaltes (in %) (in Euro)			
	Häufigkeit	bedingter	
		Mittelwert	Median
Alle Haushalte	10%	309.900	26.600
Region Ost	7%	51.100	17.100
Region West	10%	356.500	28.900
Region 1: SH, HH, NDS, hB	9%	753.100	72.600
Region 2: BY, BaWü, HE	12%	284.200	28.800
Region 3: NRW, RP, SL	10%	257.100	24.200
Soziale Stellung			
Selbstständige	79%	315.200	23.700
Beamte	5%	501.300	170.100
Angestellte	7%	341.100	27.000
Arbeiter	4%	272.200	46.300
Arbeitslose	-	-	-
Nichterwerbstätige	3%	176.000	21.300
Rentner	2%	160.400	13.300
Pensionäre	2%	184.900	155.000
Berufliche Bildung			
ohne beruflichen Abschluss	4%	82.700	23.000
Beruflich-betrieblicher Abschluss	9%	290.400	26.100
Fachschulabschluss	15%	451.600	37.900
Fachhochschulabschluss	8%	772.300	37.300
Hochschulabschluss	14%	209.300	12.600

Deutsche Bundesbank 2019, S. 36.

Die große Ungleichheit spiegelt sich in der großen Differenz zwischen dem Durchschnittswert aller erfassten Betriebsvermögen (309.900 Euro) und dem Medianwert aller Betriebsvermögen (26.600 Euro). Bei der Hälfte aller Betriebsvermögen handelt es sich um sehr kleinen Unternehmensbesitz (bzw. -anteile) der Haushalte.³¹ Zwischen Ost und West bestehen beim Unternehmensbesitz große Unterschiede, sowohl in der Verbreitung als auch vor allem in der Höhe. Letzterer Unterschied erklärt sich durch die geringere Zahl landwirtschaftlicher Betriebe und das Fehlen von Familienunternehmen mit mittlerer Größe.

Umgekehrt erklärt die höhere Konzentration in der nordwestdeutschen Landwirtschaft einen großen Teil der regionalen Unterschiede zwischen den drei westdeutschen Regionen.

Nicht alle Selbstständigen verfügen über ein Betriebsvermögen, hierbei handelt es sich um Freiberufler und andere ohne vom

30 Deutsche Bundesbank 2019, S. 27.

Wohnsitz abgesonderte Büro- oder Betriebsräume. Bemerkenswert ist die Häufigkeit und Höhe des Unternehmensbesitzes unter Beamten-Haushalten.

Die höhere Verbreitung von Betriebsvermögen unter Fachschulabsolventen erklärt sich durch (Frei-)Berufe wie Steuerberater, Vermesser, Gesundheitsdienstleistende u.a.m., wobei es bei manchen Berufen (z.B. Ingenieure) einen fließenden Übergang in den Bereich der Fachhochschulabsolventen gibt. In beiden Fällen ist das Betriebsvermögen deutlich überdurchschnittlich.

Wertpapiere

Immerhin ein Drittel der Haushalte, die in der EVS Angaben zur Höhe ihres Vermögens machen, gibt an, Wertpapiere zu besitzen. Das sind 29% aller Haushalte. In den unteren Klassen der Haushaltseinkommen ist dieser Anteil mit 10% bis 19% deutlich geringer, in den beiden oberen Einkommensklassen mit 43% bzw. 60% deutlich höher. Haushalte mit einem Einkommen zwischen 2.000 und 3.600 Euro bewegen sich bei Wertpapieren eher im Bereich der Durchschnittsverteilung (vgl. Tabelle 8).

Tabelle 9: Übersicht zur Häufigkeit des Besitzes von Wertpapieren (EVS 2018)

	Haushalte insgesamt	Haushalte mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von ... bis unter ... EUR							
		Unter 900	900-1.300	1.300-1.500	1.500-2.000	2.000-2.600	2.600-3.600	3.600-5.000	5.000-18.000
Haushalte insgesamt (in 1000)	40.956	3.436	5.064	2.658	6.307	6.321	6.945	5.689	4.033
Haushalte mit Angaben zur Höhe der Vermögensart	85,9%	58,8%	72,9%	79,6%	87,5%	90,6%	94,1%	96,6%	98,0%
davon mit Angaben zu Wertpapieren	33,9%	17,4%	17,8%	23,4%	25,2%	31,1%	35,7%	44,6%	61,0%
<i>nachrichtlich: i.v.H. aller Haushalte</i>	29,1%	10,2%	13,0%	18,7%	22,0%	28,2%	33,5%	43,1%	59,8%
Aktien	16,2%	6,1%	6,2%	7,9%	10,2%	13,4%	16,4%	23,1%	37,2%
Festverzinsliche Wertpapiere	2,9%		1,1%	2,0%	2,1%	2,7%	2,9%	3,9%	6,1%
Investmentfonds zusammen	23,3%	10,5%	11,4%	14,4%	16,8%	21,1%	25,0%	31,4%	43,9%
Aktienfonds	14,7%	6,0%	6,3%	7,3%	9,3%	12,0%	15,2%	21,6%	31,7%
Immobilienfonds	6,2%	2,8%	3,3%	5,3%	4,8%	6,0%	6,9%	7,6%	10,1%
Rentenfonds	5,0%	2,3%	2,1%	3,1%	3,6%	3,9%	5,5%	6,8%	10,2%
Geldmarktfonds	1,5%				1,1%	1,3%	1,6%	1,9%	3,0%
sonstige Fonds	7,7%	3,9%	3,3%	4,5%	5,7%	7,2%	8,4%	10,2%	14,1%
sonstige Wertpapiere und Beteiligungen	7,2%	5,4%	4,2%	4,8%	5,3%	6,1%	7,1%	8,8%	13,6%

Quelle: Destatis, EVS 2018; eigene Berechnungen

Aktien und Investmentfonds, hier wiederum Aktienfonds, sind die beliebtesten Wertpapieranlagen. Bereits ab einem Haushaltsnettoeinkommen von 1.400 bis 1.500 Euro besitzt jeder zwölfte Haushalt Aktien (Durchschnittswert 18.900 Euro) und jeder sechste Haushalt Anteile eines Investmentfonds (Durchschnittswert 23.500 Euro; Durchschnittswert Aktienfonds: 14.900 Euro, Immobilienfonds: 13.900 Euro). Insgesamt besitzt etwa jeder sechste Haushalt in Deutschland Aktien und knapp jeder vierte Anteile eines Investmentfonds. Der durchschnittliche Werte der gesamten Wertpapieranlage beträgt 57.500 Euro, der Aktienpakete 44.400 Euro, der Fondsanteile insgesamt 40.400 Euro und der Aktienfonds-Anteile 29.500 Euro. Der durchschnittliche Verbreitungsgrad wird bei einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von knapp über 2.600 Euro erreicht, die durchschnittliche Höhe jedoch erst in der obersten Einkommensklasse. Die größere Verbreitung und Höhe der Wertpapieranlagen in der Einkommensklasse über 5.000 Euro bestimmt maßgeblich den Durchschnittswert – ein gewichtiges Indiz für eine hohe Ungleichverteilung.

Die PHF-Erhebung der Deutschen Bundesbank kommt hinsichtlich der Verbreitung zu abweichenden Ergebnissen. Danach besitzen nur 16% aller Haushalte Fondsanteile und 11% Aktien. Die Differenz lässt

31 Die Höhe des Betriebsvermögens beruht wie alle Auskünfte zur Vermögenshöhe auf einer Selbstausskunft. Die Fragestellung lautete hier: »Wieviel ist der Betrieb beziehungsweise das Unternehmen nach Abzug aller Verbindlichkeiten wert? Hier meine ich: für welche Summe könnten Sie Ihr Eigentum verkaufen, wenn sie alle dazu gehörenden Vermögenswerte berücksichtigen und die Verbindlichkeiten abziehen?« Deutsche Bundesbank 2019, S. 26, Fußnote 32.

sich hier nicht befriedigend aufklären.³² Die Durchschnittswerte für die Aktienanteile (43.700 Euro) und die Fondsanteile (37.500 Euro) weichen dagegen nur geringfügig von einander ab (und könnten auch mit unterschiedlichen Erhebungszeiträumen erklärt werden). (Vgl. Tabelle 10)

Tabelle 10: Verbreitung und Höhe von Fondsanteilen und Aktien (PHF-Erhebung 2017)

Aktien und Fondsanteile – Verbreitung und Höhe nach Eigenschaften des Haushalts						
	Fondsanteile (o. Altersvorsorge)			Aktien		
	Häufigkeit	bedingter		Häufigkeit	bedingter	
		Mittelwert	Median		Mittelwert	Median
Alle Haushalte	16%	37.500	12.900	11%	43.700	9.900
Region Ost	10%	36.000	14.100	5%	27.400	7.700
Region West	17%	37.800	12.900	13%	45.300	9.900
Region 1: SH, HH, NDS, hB	13%	31.000	8.200	11%	46.500	11.500
Region 2: BY, BaWü, HE	21%	37.700	14.900	15%	45.600	10.100
Region 3: NRW, RP, SL	15%	41.400	10.000	9%	43.700	9.800
Soziale Stellung						
Selbstständige	21%	47.200	14.600	14%	41.800	6.800
Beamte	27%	17.900	8.900	18%	22.300	8.700
Angestellte	20%	24.700	7.700	12%	32.900	9.600
Arbeiter	7%	20.500	9.300	4%	3.500	1.100
Arbeitslose	6%	27.500	3.400	-	-	-
Nichterwerbstätige	13%	61.300	24.800	11%	63.100	16.300
Rentner	13%	70.200	29.100	12%	62.900	21.000
Pensionäre	24%	48.400	32.500	17%	95.400	36.100
Berufliche Bildung						
ohne beruflichen Abschluss	5%	62.700	21.100	4%	46.500	8.700
Beruflich-betrieblicher Abschluss	12%	38.500	10.000	8%	33.800	9.900
Fachschulabschluss	18%	29.500	10.000	13%	49.400	10.100
Fachhochschulabschluss	24%	27.500	8.500	17%	25.600	8.600
Hochschulabschluss	32%	38.200	17.100	22%	61.500	13.400

Deutsche Bundesbank 2019, S. 38.

Regional ist der „Gang an der Börse“ mit einem Fondsanteil in Süddeutschland laut Bundesbank bei gut jedem fünften Haushalt üblich, in Ostdeutschland nur bei jedem zehnten. Noch deutlicher sind diese regionalen Unterschiede bei Aktien: Etwa jeder sechste Haushalt im Süden der Republik besitzt sie, aber nur jeder zwanzigste im Osten.

In Haushalten von „Arbeitern“ sind Fondsanteile und Aktien unterdurchschnittlich verbreitet, unter anderen Erwerbstätigen überdurchschnittlich. Hinsichtlich des Durchschnittswertes gibt es vor allem bei den Aktien einen erheblichen Unterschied für die Arbeiter-Haushalte. In der Tendenz spiegeln sich diese Unterschiede bei der beruflichen Bildung: Haushalte, deren Referenzperson über keinen beruflichen Abschluss oder über einen betrieblichen Abschluss verfügt, liegen unter dem Durchschnitt, alle anderen liegen darüber.

32 Waren die Befragten gegenüber dem Statistischen Bundesamt auskunftswilliger/wahrheitsgetreuer als gegenüber den Interviewern im Auftrag der Bundesbank? Oder führte die Überrepräsentation von Befragten in Sozialräumen mit relativ hohen Anteilen von Vermögensbesitzern zu einer Untererfassung der Verbreitung?

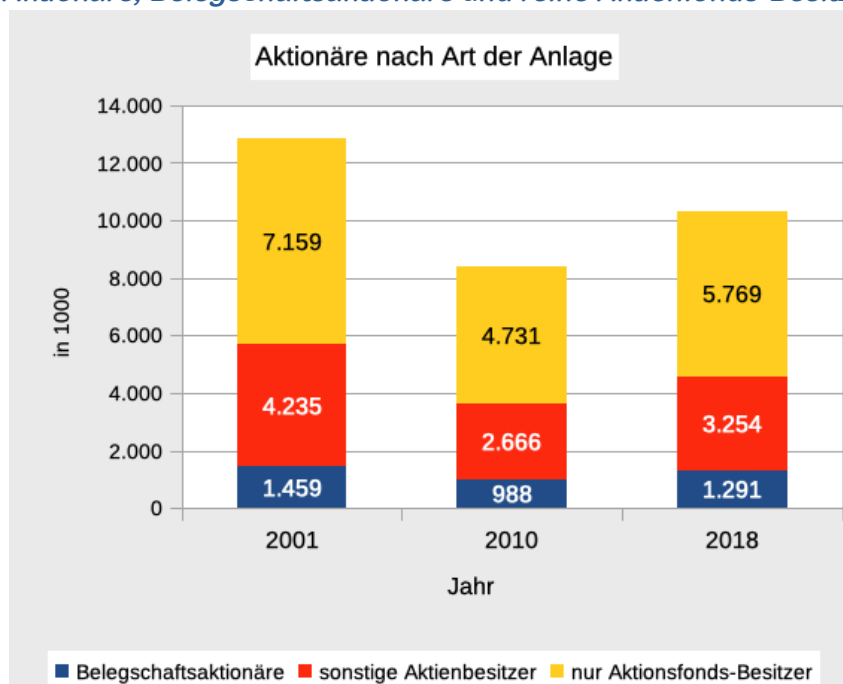
Aktienbesitz nach den Erhebungen des Deutschen Aktieninstituts (DAI)

Das Deutsche Aktieninstitut registriert für 2018 einen erneuten Anstieg der Aktionärszahlen und resümiert die jüngsten Entwicklung:

Seit dem letzten Tiefststand der Aktionärszahlen in 2014 sind insgesamt 1,9 Mio. neue Aktionäre und Aktienfonds-Besitzer dazugekommen. Die Struktur des Aktienbesitzes hat sich dadurch aber nicht signifikant verändert, und auch die Demographie der Aktienbesitzer weist über die Zeit ein relativ stabiles Muster auf. Überproportional viele Aktionäre und Aktienfondsbesitzer haben ein relativ hohes Bildungsniveau, ein überdurchschnittliches Haushaltseinkommen, leben im Westen beziehungsweise vor allem im Südwesten der Bundesrepublik und stehen in der Mitte ihres Lebens. Die größte Affinität zu Aktien besitzen aktuell die Altersgruppen der 40 bis 49-Jährigen und der 50 bis 59-Jährigen mit jeweils 20,5 Prozent beziehungsweise 18,8 Prozent der jeweiligen Bevölkerungsgruppe (Abbildung 4). Dicht gefolgt von der Altersgruppe ab 60 Jahre (17,6 Prozent). Die Jüngeren können hier nicht mithalten. Lediglich 11,1 Prozent der Altersgruppe der 14 bis 39-Jährigen sind Aktionäre, wobei der Anteil innerhalb dieser Gruppe rasant abnimmt, je jünger die Anleger sind. Die in absoluten Zahlen stärkste Altersgruppe waren auch 2018 Personen über 60 Jahre.³³

Mit gut 10,3 Mio. Aktienbesitzern verzeichnete das DAI einen erneuten Höchststand nach dem Tief mit nur noch knapp 8,4 Mio. Aktienbesitzern in 2010. Den bisherigen Höchststand ermittelte das DAI für das Jahr 2001 mit knapp 12,9 Mio. Aktienbesitzern (vgl. Anhang Tabelle 11). 2001 wie 2018 besaßen 56% der Aktienbesitzer nur Aktienfonds. Gesunken ist der relative Anteil der Belegschaftsaktionäre von 12,5% auf 11,4%, der Anteil der reinen Belegschaftsaktionäre sank sogar von 9,8% in 2011 auf 7,6% in 2018. Im Jahr 1998 stellten die Belegschaftsaktionäre noch 24,4% aller Aktieninhaber, die reinen Belegschaftsaktionäre 19,1%. Der Bedeutungsverlust geht auf einen Anstieg der sonstigen privaten Anleger zurück und auf einen vom Aktienmarkt weitgehend abgekoppelten Rückgang der Zahl der Belegschaftsaktionäre. Mit der Ausbreitung von Geldanlagen in Aktien sinkt gleichzeitig die klassische Mitarbeiterbeteiligung.

Schaubild 13: Aktionäre, Belegschaftsaktionäre und reine Aktienfonds-Besitzer



Das DAI unterscheidet vier Klassen des Haushaltsnettoeinkommens. In Haushalten mit einem Nettoeinkommen unter 2.000 Euro/Monat haben 6% Aktienbesitz, in Haushalten mit 2.000-3.000 Euro sind es gut 13%, in der Klasse von 3.000 bis 4.000 etwa jeder fünft und ab 4.000 knapp jeder Dritte. In absoluten Zahlen nahm die Zahl der Aktienbesitzer in den beiden unteren Einkommensklassen von 2014 bis 2018 ab, diejenige in der oberen um 1,9 Mio. zu. Diese Verschiebungen gehen vermutlich zum größeren

33 DAI 2019, S. 6.

Teil auf eine Einkommensverschiebung nach oben zurück. Denn gegenüber 2014 lag der Anteil der Aktienbesitzer in den beiden unteren Klassen 2018 höher und in der obersten Klasse niedriger.

Die Verteilung des Aktienbesitzes nach weiteren sozialen Merkmalen wurde vom dAI zuletzt für das Jahr 2015 veröffentlicht. Aufschlussreich für die soziale Schichtung des Aktienbesitzes sind unter anderem die Angaben zum höchsten Schulabschluss. 1997 besaßen über 43% aller Aktienbesitzer eine (Fach-)Hochschulreife, 2001 nur noch gut 36%, 2010 aber 47,5% und 2015 mit 50,5% gut die Hälfte, wobei der Anstieg vor allem bei Abiturabschlüssen stattfand. 40% aller Aktienbesitzer verfügten 2015 über diesen Schulabschluss. Entsprechend stieg und fiel der Anteil der Aktienbesitzer mit einem mittleren Schulabschluss von einem Drittel auf knapp zwei Fünftel, lag 2015 aber wieder bei einem Drittel. Der Anteil der Aktieninhaber mit einem niedrigen Schulabschluss (ohne Abschluss, Hauptschulabschluss) machte 1997 gut ein Fünftel aller Aktienbesitzer aus, 2001 knapp ein Viertel, 2015 dann nur noch 13,5%. Nach den Zahlen des dAI fand der Aktienboom vor allem unter Personen mit mittlerem und höheren Bildungsabschluss statt, hier lag der Anteil der Aktienbesitzer auch 2015 über dem Anteil von 1997.

Die Daten zur sozialen Stellung der Aktieninhaber, die Erwerbstätige von nicht (mehr) Erwerbstätigen unterscheiden, zeigen verschiedene soziale Statusgruppen, die die Bewegungen prägten. Die wichtigste Gruppe sind die Rentner und Pensionäre. Hierbei handelt es sich um die einzige Gruppe, zu der 2015 absolut mehr Aktieninhaber (2,53 Mio.) zählten als 2001 (2,27 Mio.). Vier Jahre zuvor waren es nur 0,91 Mio. gewesen.

Knapp jeder fünfte, der zwischen 1997 und 2001 in Aktien investierte, war Rentner oder Pensionär; knapp 40% (2,83 Mio.) zählten zu den mittleren und einfachen Angestellten und Beamten, etwa jeder achte (0,86 Mio.) zu den Facharbeitern, immerhin 2% zu den sonstigen Arbeitern, jeder neunte (0,81 Mio.) war ein Selbstständiger oder Freiberufler. Vergleicht man die Zahlen vom 2015 mit denen von 1997, dann sind es neben Rentnern und Pensionären für allem mittlere Angestellte und Beamte, Selbstständige und Freiberufler sowie leitende Angestellte und Beamte, auf die sich der Anstieg der absoluten Zahl der Aktienbesitzer verteilt. Alle andere sozialen Positionen sind in etwa mit der gleichen absoluten Größe vertreten wie 1997, also auch die (Fach-)Arbeiter. Aufgrund der absolut gesunkenen Zahl der Facharbeiter und Facharbeiterinnen verfügten aber statt 5,7% in 1997 in 2015 nun 10,1% aller Angehörigen dieser Statusgruppe über irgendeine Form von Aktienbesitz. Bei den leitenden Angestellten waren es 2015 29,1%, bei den sonstigen Angestellten 15,5%, bei den leitenden Beamten ebenfalls knapp 30% und bei den sonstigen Beamten gut ein Viertel. Im gleichen Umfang besaßen Angehörige der Statusgruppe Selbstständige/Freiberufler 2015 Aktien. Der hohe Anteil der Rentner und Pensionäre unter den Aktienbesitzern relativiert sich mit Blick auf ihren Anteil an dieser Gruppe: 2015 besaßen 14,4% aller Rentner und Pensionäre Aktien.

Schlussbemerkungen

Im Jahr 2014 ließ der Verband der Privaten Bausparkassen in einer repräsentativen Befragung die Frage stellen: »Wofür sparen Sie aktuell Geld?«. Mehrfachnennungen waren möglich. 65% sparten für den »Konsum«, 51% für die »Altersvorsorge«, 46% für den Erwerb oder die Modernisierung von »Wohneigentum«. Das Sparmotiv »Kapitalanlage« nannten 31% der Befragten, der »Notgroschen« war für 5% ein Motiv und die »Ausbildung der Kinder« für 3%.³⁴ Da Sparen kein eindimensionaler Vorgang ist, sondern meistens verschiedene Motive ineinander greifen und im Zeitverlauf, mit zunehmenden Alter, ihre Gewichtung variieren kann – eine kapitalbildende Lebensversicherung sichert das eigene Alter ab, umfasst aber auch einen gewissen Hinterbliebenenschutz. Veränderungen in der ökonomischen Entwicklung können ebenfalls auf die Sparmotive einwirken. Niedrige Zinsen machen das Sparen als Kapitalanlage unattraktiver, so dass mehr für den Konsum reserviert wird, oder der Erwerb von Wohneigentum wegen der niedrigen Hypothekenzinsen attraktiver wird.

34 Handelsblatt Research Institute (Dirk Heilmann, Rita Lansch, Bert Rürup): Sparverhalten der deutschen Haushalte – Eine neue Sicht. Erstellt für Union Investment, November 2014, S. 21.

Im Jahre 2014, wenige Jahre nach der Bankenkrise 2007-2009 und mitten in der »Euro-Krise« war für ein knappes Drittel der befragten erwachsenen Bevölkerung die »Kapitalanlage« ein wichtiges Sparmotiv. Die Erwartung, das Vertrauen in die Finanzmärkte, dort durch »geschicktes« Agieren aus Geld mehr Geld machen zu können, scheint weiter ungebrochen.³⁵ Auch für die Altersvorsorge spielt die Kapitalmarktentwicklung eine größere Rolle.

Die Sparfähigkeit bzw. die Sparquoten unterscheiden sich selbstredend nach dem Haushaltseinkommen und nach der Haushaltsgröße und ihrer Zusammensetzung. Die Sparquote im unteren Einkommensdezil betrug 2011 ganze 1,8%, im 5. Dezil schon 8,3%, im neunten Dezil 11,6% und im obersten Dezil 17,0% des Einkommens. Einkommensungleichheit verschärfte die Vermögensungleichheit. Im untersten Dezil der Einkommenspyramide sparten 83% der Haushalte nichts, im 2. Zehntel 65% und im 3. Zehntel 50%. Im 5. und 6. Dezil legten noch 36% nichts zurück, aber immerhin schon 14% der Haushalte in diesen Einkommensklassen sparten mehr als 20% ihres Einkommens. Im 9. Dezil gaben 17% der Haushalte an, nichts vom laufenden Monatseinkommen sparen zu können; 18% konnten mehr als 20% anlegen. Im obersten Zehntel der Haushaltseinkommen sparten 29% der Haushalte mehr als 20% ihres Monatseinkommens. Bereits ab dem dritten Dezil reicht der Anteil derjenigen, die monatlich zwischen 10% und 20% zurücklegen können, an die 20%-Marke heran, ab dem 4. Zehntel liegt sie zwischen 23% und 26%.³⁶

Es sind nicht nur die oberen zehn Prozent, die interessiert auf den Finanzmarkt blicken, bereits in der unteren Mittelschicht der Haushaltseinkommen spielen Geldanlagen und damit Renditen, Zinsen und Börsenkurse mehr als eine marginale Rolle. Im vierten Einkommensdezil sparte gut die Hälfte der Haushalte mehr als 5% ihres Monatseinkommens. Im 7. Dezil erreichte der Anteil der Haushalte, die mehr als 10% sparen bzw. anlegen, 2011 erstmals die 40%-Marke, ab dem 8. Dezil sind es dann mehr als 40%.

Die Rendite- und Zinserwartung ist auch unter Lohnabhängigen verbreitet und ihre unmittelbare Einbindung in den Geldmarkt spielt bei der Interessenbildung, etwa in Finanzkrisen, womöglich eine bisher unterschätzte Rolle. Inwieweit sich hierbei neue Konfliktlinien nach dem Muster, die Entlassung der einen ist die Dividende der anderen, ist zu bedenken, aber auch die Doppelbödigkeit von Vermögen:

Das Wort »Vermögen« gibt es im Deutschen als Substantiv und als Verb. Zum einen steht es für Reichtum, für in Geld ausdrückbaren Besitz. Zum anderen meint es die Fähigkeit, etwas zu tun, zu unternehmen, etwas zu können. Im Englischen wird das deutlicher ausgedrückt: Man spricht einerseits von »assets«, andererseits sagt man: »to be able«.³⁷

„Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand“ hat immer zwei Seiten. Die individuelle Ausstattung mit Vermögen verschiedenster Art: Fähigkeiten, Ressourcen, Sicherheiten, die erlangen zu können in einer hochgradig arbeitsteiligen Ökonomie entsprechende gesellschaftliche Strukturen voraussetzt. Den Lohnabhängigen, den Bürgerinnen und Bürgern zu ermöglichen, etwas zu vermögen, setzt voraus, will eine Gesellschaft nicht unter ihren zivilisatorischen Möglichkeiten bleiben, dass Wege gefunden werden, wie die Produktivitätsgewinne dem allgemeinen Wohlstand zugutekommen können. Es gilt, die Anfang der 1970er Jahre liegen gelassene Aufgabe wieder aufzugreifen und mit Blick auf die stattfindenden technologischen Umwälzungen in der Arbeitswelt zu beantworten. Von verschiedener linker Seite, so etwa das »universelle Recht auf Kapitaleinkünfte« von Yanis Varoufakis³⁸, Vorschläge von Anthony Atkinson³⁹, wurden Modelle gesellschaftlicher Fonds ins Spiel gebracht, die weiter diskutiert und für die deutschen Verhältnisse entwickelt werden könnten.

35 2010 erreichte die Zahl der Aktionäre in Deutschland mit knapp 8,4 Mio. Personen einen Tiefstand, 2012 waren es schon wieder 9,4 Mio., um dann 2014 auf ein erneutes Tief von gut 8,4 Mio. Personen zu fallen. Die zitierte Befragung fand zu einem Zeitpunkt statt, an dem Vorsicht und Skepsis gegenüber dem Kapitalmarkt verbreitet waren.

36 SOEP 2011 (V28), zit. nach Handelsblatt Research Institute 2014, S. 27.

37 Thomas Falkner, a.a.O., S. 15.

38 Yanis Varoufakis: Das universelle Recht auf Kapitaleinkünfte, Project Syndicate, 30.11.2016. www.deinbge.ch/sites/default/files/uploads/das_universelle_recht_auf_kapitaleinkunfte_by_yanis_varoufakis_-_project_syndicate.pdf

39 Anthony B. Atkinson: Ungleichheit. Was wir dagegen tun können, Stuttgart 2016.

Anhang

Schaubild 1: Verteilung des Gesamtnettvermögens nach Haushalten (EVS) (in Prozent)

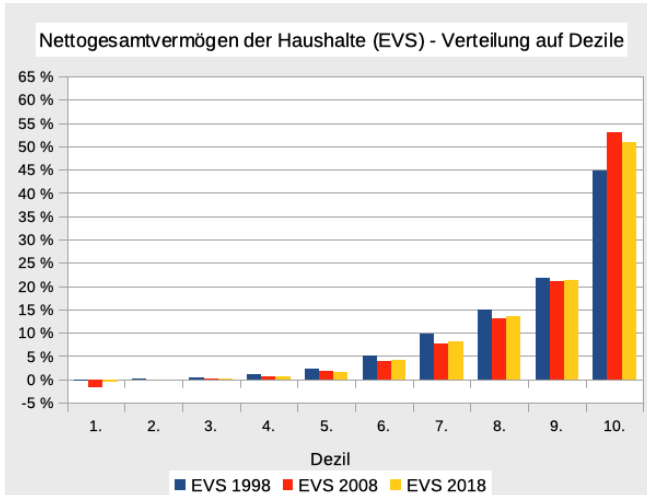


Schaubild 2: Verteilung des Gesamtnettvermögens nach Personen (SOEP) (in Prozent)

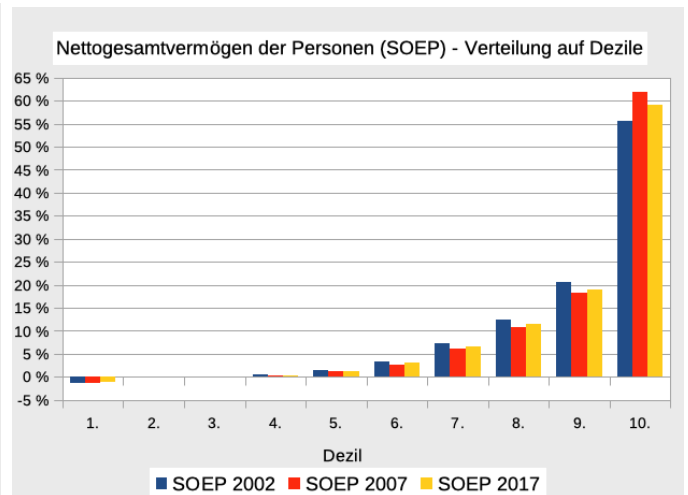


Schaubild 3: Verteilung der Nettovermögen der privaten Haushalte (in 1.000 €)

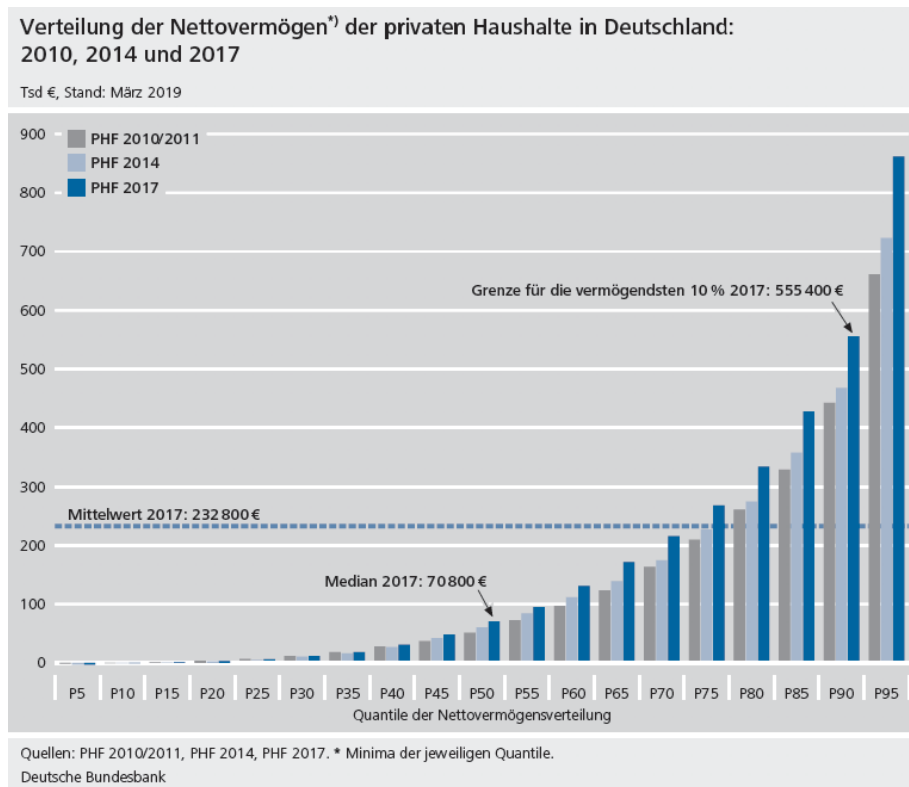


Schaubild 4: Verteilung der privaten Haushalte und ihres Haus- und Grundbesitzes

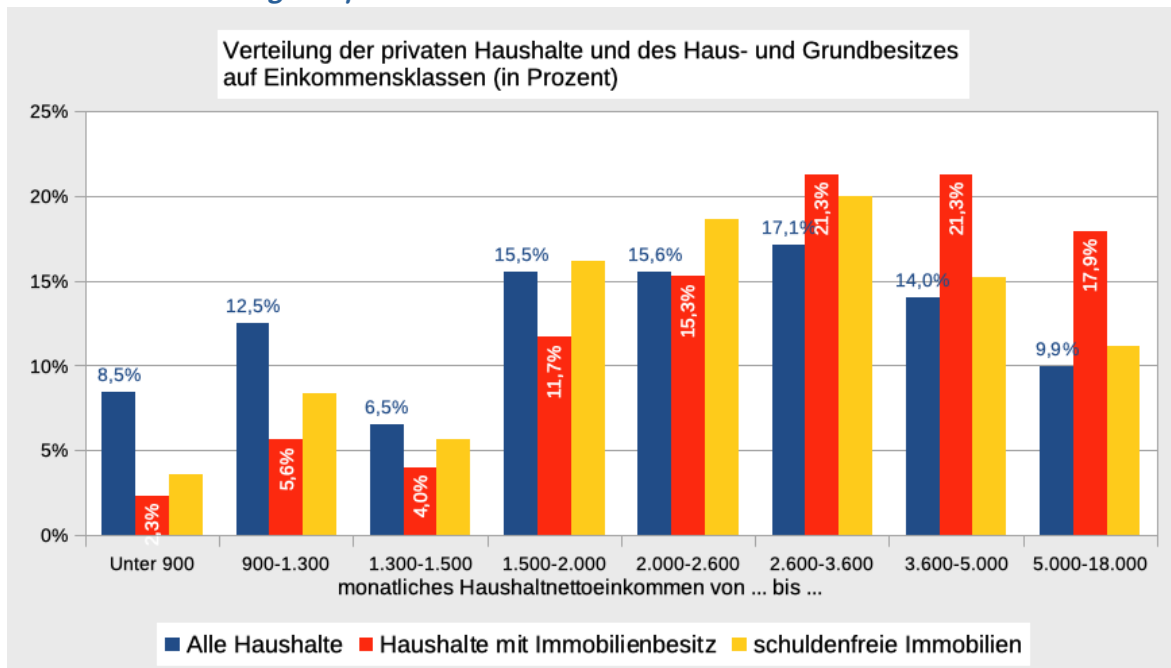


Schaubild 8: Verteilung der Immobilien mit über- und unterdurchschnittlichem Verkehrswert

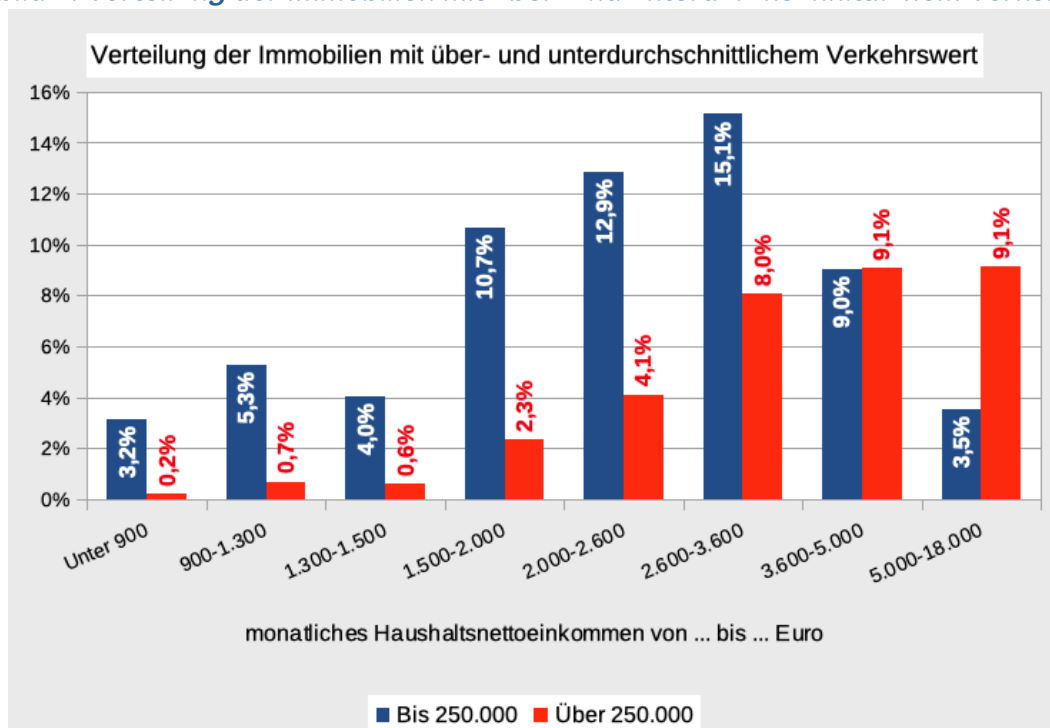


Tabelle 5: Häufigkeit und Wert von Immobilien nach sozialen Merkmalen des Haushaltes

Immobilienbesitz der privaten Haushalte nach sozialen Merkmalen der Person mit dem Haupteinkommen (in Prozent; in Euro) (PHF 2017)						
	Selbstgenutztes Wohneigentum			Sonstige Immobilien		
	Häufigkeit	bedingter		Häufigkeit	bedingter	
		Mittelwert	Median		Mittelwert	Median
Alle Haushalte	44%	258.800	199.200	22%	244.700	115.800
Region						
Ost	34%	149.700	105.000	14%	143.800	61.800
West	47%	279.500	217.700	25%	259.700	120.300
Region 1	48%	286.000	201.200	22%	247.400	125.400
Region 2	49%	314.300	249.100	29%	262.700	119.100
Region 3	43%	224.300	178.700	21%	261.900	108.500
Soziale Stellung der Referenzperson						
Selbstständige	54%	438.000	294.700	39%	454.700	195.400
Beamte	56%	313.700	245.100	24%	238.600	176.100
Angestellte	45%	257.100	201.800	23%	237.400	133.700
Arbeiter	40%	206.700	162.900	17%	80.500	45.200
Arbeitslose	9%	176.300	116.700	5%	64.000	47.600
Nichterwerbstätige	45%	230.200	179.400	22%	221.900	103.400
Rentner	48%	225.100	171.900	23%	211.400	98.100
Pensionäre	74%	268.000	222.300	49%	308.600	154.600
Berufliche Bildung der Referenzperson						
ohne beruflichen Abschluss	20%	199.600	161.700	12%	175.000	72.700
Beruflich-betrieblicher Abschluss	45%	224.800	180.000	19%	206.600	99.500
Fachschulabschluss	63%	322.300	225.900	37%	233.700	98.700
Fachhochschulabschluss	43%	258.000	199.000	23%	301.600	181.800
Hochschulabschluss	49%	335.700	268.400	33%	343.900	164.900
Bedingter Mittelwert/Median: nur Haushalte mit jeweiligem Immobilieneigentum; Ost: MV, ST, BB, BE, SN, TH; West-Region 1: SH, HH, HB, NDS; West-Region 2: BY, BW, HE; West-Region 3: NRW, RP, SL; Arbeiter: einschließlich Landwirtschaft; Beruflich-betrieblicher Abschluss: Berufsausbildung im dualen System; Fachhochschulabschluss: inklusive Bachelor. Quelle: Deutsche Bundesbank 2019.						

Schaubild 9: Verteilung der Haushalte und ausgewählter Geldvermögensarten

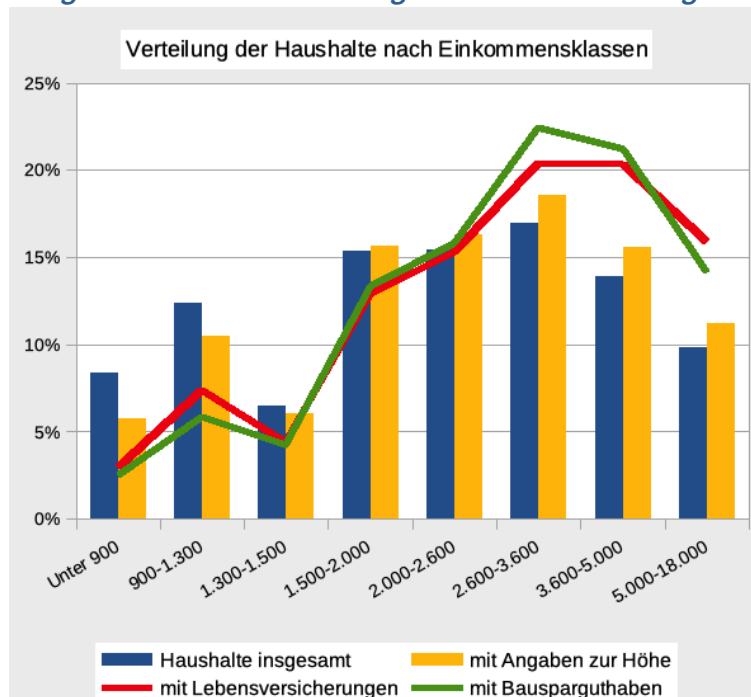
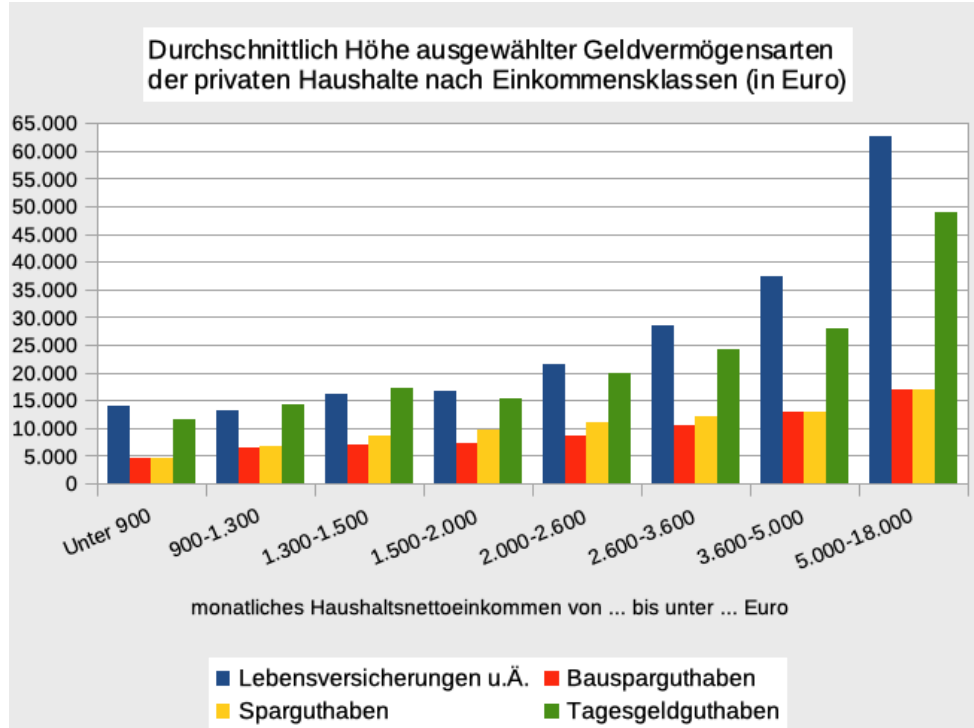


Schaubild 10: Durchschnittliche Höhe ausgewählter Geldvermögensarten (EVS 2018)



Lesebeispiel: 31% der Haushalte mit einem monatlichen Nettoeinkommen von 1.300 bis 1.500 Euro besaßen eine Lebensversicherung, deren Wert bei durchschnittlich 16.200 Euro lag.

Schaubild 12: Durchschnittliche Höhe ausgewählter Wertpapieranlagen (EVS 2018)

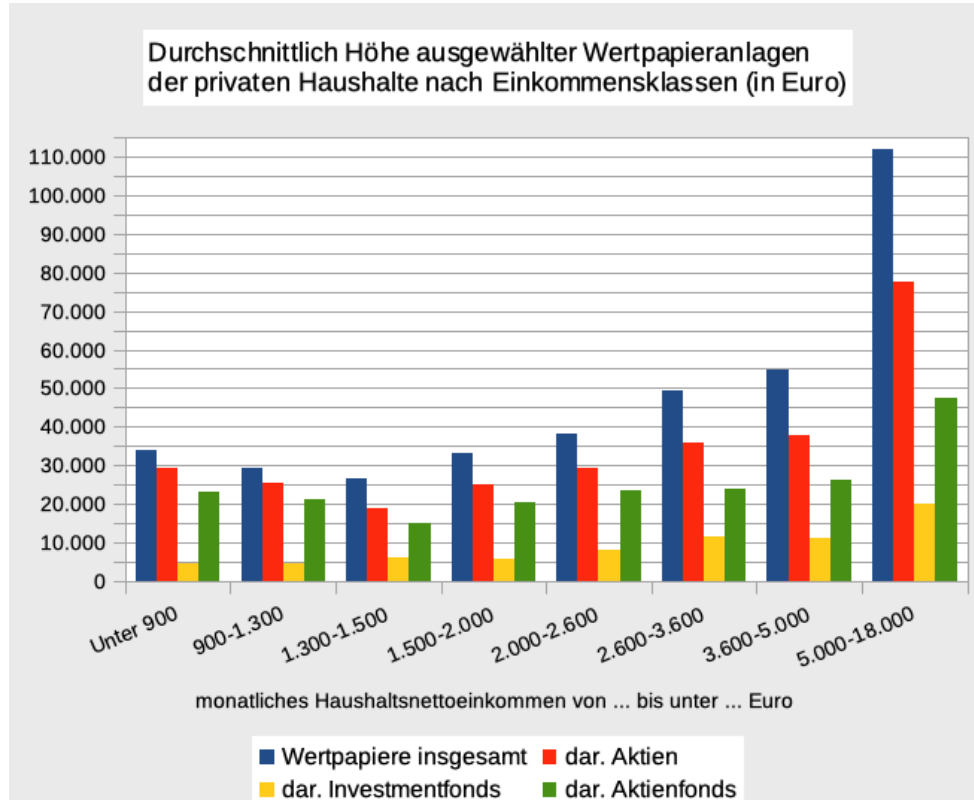


Tabelle 11: Zahl der Aktionäre, Belegschaftsaktionäre und Aktienfond-Besitzer 1998-2018

Aktien- und Aktienfonds-Besitzer 1998-2018 (in 1000)								
	Aktionäre			<i>darunter Belegschaftsaktionäre</i>			nur Aktienfonds	Insgesamt
	nur Aktien	Aktien und Aktienfonds	zusammen	<i>ohne weitere Aktien</i>	<i>mit weiteren Aktien</i>	zusammen		
1998	3.604	911	4.515	1.297	361	1.658	2.274	6.789
1999	3.487	1.518	5.005	1.230	369	1.599	3.226	8.231
2000	3.463	2.748	6.211	1.090	511	1.601	5.617	11.828
2001	3.087	2.607	5.694	971	488	1.459	7.159	12.853
2002	2.912	2.088	5.000	979	495	1.474	6.549	11.549
2003	2.960	2.086	5.046	859	489	1.348	6.081	11.127
2004	2.661	1.944	4.605	773	433	1.206	5.899	10.504
2005	2.730	2.014	4.744	943	329	1.272	6.052	10.796
2006	2.366	1.874	4.240	752	314	1.066	6.074	10.314
2007	2.370	1.677	4.047	800	229	1.029	6.270	10.317
2008	2.188	1.365	3.553	710	236	946	5.764	9.317
2009	2.219	1.405	3.624	738	253	991	5.187	8.811
2010	2.349	1.305	3.654	694	294	988	4.731	8.385
2011	2.357	1.534	3.891	763	394	1.157	4.586	8.477
2012	2.870	1.662	4.532	887	398	1.285	4.958	9.490
2013	2.811	1.749	4.560	875	364	1.239	4.361	8.921
2014	2.474	1.669	4.143	617	201	818	4.298	8.441
2015	2.893	1.516	4.409	894	183	1.077	4.598	9.007
2016	2.645	1.731	4.376	828	274	1.102	4.601	8.977
2017	2.893	2.025	4.918	919	335	1.254	5.143	10.061
2018	2.529	2.016	4.545	1.007	284	1.291	5.769	10.314

DAI 2019

Quellen und Literatur

- Anthony B. Atkinson 2016: Ungleichheit. Was wir dagegen tun können, Stuttgart
- Jens Beckert 2013: Erben in der Leistungsgesellschaft; in: MPIfG Jahrbuch 2012, Köln
- Timm Bönke, Henrik Brinkmann 2017: Privates Vermögen und Vermögensförderung in Deutschland, Gütersloh, Juni 2017 (www.bertelsmann-stiftung.de)
- Destatis 2014: Fachserie 15, Heft 2 Wirtschaftsrechnungen – EVS 2013 – Geld- und Immobilienvermögen sowie Schulden der privaten Haushalte
- Destatis 2019: Fachserie 15, Heft 2 Wirtschaftsrechnungen – EVS 2018 - Geld- und Immobilienvermögen sowie Schulden der privaten Haushalte
- Deutsches Aktieninstitut (DAI) 2016: Aktionärszahlen des Deutschen Aktieninstituts 2015. Tabellen, Februar 2016; www.dai.de
- Deutsches Aktieninstitut (DAI) 2018: Aktionärszahlen des Deutschen Aktieninstituts 2017, Februar 2018, unter www.dai.de
- Deutsches Aktieninstitut (DAI) 2019: Aktionärszahlen des Deutschen Aktieninstituts 2018, Frankfurt/M. März 2019 (www.dai.de)
- Deutsche Bundesbank 2016: Vermögen und Finanzen privater Haushalte in Deutschland. Ergebnisse der Vermögensbefragung 2014; Monatsbericht März 2016, S. 61-86.
- Deutsche Bundesbank 2019: Vermögen und Finanzen privater Haushalte, Ergebnisse der Vermögensbefragung 2017; Monatsbericht April 2019
- Deutsche Bundesregierung 2018: Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, <https://www.armuts-und-reichtumsbericht.de/DE/Indikatoren/Gesellschaft/Vermoegensverteilung/G02-Indikator-Vermoegensverwaltung.html;jsessionid=63BE184D1F521D491A7C42DB084E4189>
- Christoph Deutschmann 2008: Der kollektive „Buddenbrooks-Effekt“. Die Finanzmärkte und die Mittelschichten. Working Paper 08/5 des Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung (MPIfG), Köln, ISSN: 1864-4333.
- Thomas Falkner 2018: Investitionen gegen die neue Ungleichheit – Wie können Vermögensaufbau erleichtert und Ungleichgewichte verringert werden?; in: Bertelsmann-Stiftung/Das Progressive Zentrum (Hrsg.): Soziale Marktwirtschaft: All inclusive? Vermögen, Gütersloh, S. 14-47
- Karl-Hermann Flach, Werner Maihofer, Walter Scheel 1972: Die Freiburger Thesen der Liberalen, Hamburg.
- Markus M. Grabka und Christian Westermeier (DIW) 2014: Anhaltend hohe Vermögensungleichheit in Deutschland; in: DIW Wochenbericht 9/2014, S. 151-164.
- Markus M. Grabka und Christoph Halbmeier (DIW) 2019: Vermögensungleichheit in Deutschland bleibt trotz deutlich steigender Nettovermögen anhaltend hoch; in: DIW-Wochenbericht Nr. 40/2019, S. 735-745
- HRI- Handelsblatt Research Institute (Dirk Heilmann, Rita Lansch, Bert Rürup) 2014: Sparverhalten der deutschen Haushalte – Eine neue Sicht. Erstellt für Union-Investment.
- IAW und ZEW 2015: Analyse der Verteilung von Einkommen und Vermögen in Deutschland. Projektbericht an das Bundesministerium für Arbeit und Soziales.
- Philipp Korom 2017: Ungleiche Mittelschichten: Über Unterschiede im Immobilienvermögen und im Erbe innerhalb der Mitte Deutschlands; MPIfG Discussion Paper 17/14, Köln
- Robert Misik 2019: Die falschen Freunde der einfachen Leute, Berlin
- Jonas Radbruch 2018: Alle sind Mitte; in: DIE ZEIT, Nr. 8/2018, 15. Februar 2018
- Yanis Varoufakis 2016: Das universelle Recht auf Kapitaleinkünfte, Project Syndicate. www.deinbge.ch/sites/default/files/uploads/das_universelle_recht_auf_kapitaleinkunfte_by_yanis_varoufakis_-_project_syndicate.pdf